

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingutindustrie, in Scheibenslößereien und Glasereien, für Gipser, Püher, Stukkateure, Plafondateure, Holzwerker, Ziegeleier, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom Deutschen Bauergewerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehngespaltene Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abchlüssen Rabatt, der nur als Kaszarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreigespaltene Zeile 3 M., Anzeigen der Bauergewerkschaften Zeile 50 M.

Das Wirtschaftsprogramm der deutschen Gewerkschaften.

Im Dezember 1925 hat der Reichsverband der Deutschen Industrie das Ergebnis seiner Untersuchung der Verhältnisse in Deutschland auf dem Gebiete der Wirtschaft und Finanzpolitik, der Gütererzeugung und der Güterverteilung veröffentlicht. Diese Arbeit ist unter dem Titel „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik“ in großer Zahl verbreitet worden. Außerdem waren sämtliche, dem Unternehmertum ergebene Zeitungen — von der rechtsstehenden Reichshauptstadt-Post bis herunter zum Kreisblatt — tätig, die weisheitstriebe Erkenntnis der Unternehmer zu verbreiten. Tief schürften sie zwar nicht; dafür dotierten sie an den äußeren Erscheinungen der Wirtschaftskrise herum, hüteten sich aber ängstlich, das Nabel an der Wurzel zu packen, weil sie mit dem Herausreißen dieser Wurzel das geniale privatkapitalistische Wirtschaftsgebäude erschüttert hätten.

Die Gegenschrift der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, unter dem Titel: „Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik“ erschienen, ist eine gründliche und sachliche Arbeit; sie enthält Vorschläge, die bei ihrer Durchführung geeignet sind, die Gesamtwirtschaft zu sanieren. Das ist mit dem Programm des Reichsverbandes der Industrie nicht zu erreichen. Dieses kennt nur Gruppeninteressen, löst nicht das Erwerbslosenproblem und gewährt nicht bei der kommenden Nationalisierung den höchstmöglichen Arbeiterschutz. Auch wir wissen, daß wir in der deutschen Wirtschaft nur die Wahl haben zwischen Begetieren bei niedrigen Löhnen und eingegengtem Waren- und Absatzmarkt — wobei der Staat eine merkantilistische Rolle spielt — oder einer entschlossen durchgreifenden Produktionspolitik, die die lebensunfähigen und produktionsverleuernden Unternehmen im Handel, Gewerbe und in der Industrie ausschleibt, die Gesamtwirtschaft weltmarktfähig macht und so gleichzeitig dem Binnenmarkt Kaufkraft zuführt. Das Programm unserer Spitzenorganisationen bezeichnet für diese zwangsläufige Notwendigkeit die Maßnahmen, die zum Schutze und zum Wohle des arbeitenden Volkes ergreifen werden müssen. Es stellt für die Gütererzeugung scharf umrissene Grundzüge auf, um deren Verwirklichung in der Bauwirtschaft in erster Linie der Bauergewerksbund und — nicht in voller Kraft — noch einige andere Verbände seit Jahren kämpfen. Wir meinen die sozialen Baubetriebe, deren wichtige Rolle im sozialen Kampfe leider noch nicht von allen Gewerkschaften voll gewürdigt und erkannt wird.

Wenn die Unternehmer von einer „Zerstörung der Grundlagen unserer Wirtschaft“ reden, so ist das eine Liebetreibung, und zwar zu ganz durchsichtigen Zwecken. Die gegenwärtige ernste Störung des Produktionsprozesses geht aus von den Störungen in der Zirkulation und der falschen Verwendung des Sozialprodukts. Während die Denkschrift des Reichsverbandes das jährliche Volkseinkommen mit 43 bis 48 Milliarden angibt — das sind zwei Drittel des Vorkriegswertes — kommt die Denkschrift unserer Spitzenorganisationen nach eingehender Berechnung auf 52 bis 60 Milliarden. Das ist beinahe die Höhe der Vorkriegszeit. Die Gewerkschaften schämen die Steuerlast, die „die Wirtschaft“ trägt, auf 17 bis 21 %, die Unternehmer auf 25 bis 30 %. Abbau der Zölle und Ausbau der Sozialpolitik, möglichst hohe Löhne und Erhaltung des Achtstundentages sind Kernpunkte der Gewerkschafts-Denkschrift. Im folgenden geben wir auszugeweiht das Wesentliche der Denkschrift wieder:

Allgemeine Finanz- und Wirtschaftspolitik.
1. Öffentliche Finanzwirtschaft. Die Ausgabeverteilung der öffentlichen Körperschaften greift so tief in alle Gestaltungen des wirtschaftlichen und kulturellen

Lebens ein, daß es nicht angängig ist, mit der Forderung nach schematischer Sparsamkeit alle notwendigen und dem Fortschritt dienenden Ausgaben abzubauen. Insbesondere ist notwendig: eine ausreichende Besoldung der Beamten; eine angemessene Versorgung der Kriegssopfer, die zur Zeit noch fehlt; die Aufrechterhaltung und der Ausbau aller öffentlichen Einrichtungen der sozialen Fürsorge; die Aufrechterhaltung und der Ausbau des Schulwesens, unter Berücksichtigung der Unzulänglichkeit der höheren Schulen für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung. Erparungen ermöglichen sich: durch Vereinfachung der Verwaltung in Richtung auf den Einheitsstaat, durch Vereinfachung der Länder

Die Entwicklung unserer Wirtschaft schreitet über die von kurzfristigen Augenblicksinteressen differtierten Ausführungen mancher Arbeitgeberverbände und einiger Bankiers ziemlich schnell hinweg. Sie schreite wohl noch schneller, wenn wir nicht eine Arbeiterchaft in Deutschland hätten, die ganz gewiß in der Welt die bestgelernte, aber politisch und wirtschaftlich vorerst noch allzuweitgehend ungelert ist. Von fast allen Ländern mit fester Valuta in Europa und Amerika hat Deutschland, zwei Jahre nach der Stabilisierung seiner Währung, außer dem armen Vorkriegs noch die niedrigsten Löhne. Diese größten teils eben wegen unserer wirtschaftlichen Fehlorganisation. Unsere Arbeitnehmer haben dagegen erst sehr spät Front zu machen begonnen.
Professor Dr. Julius Fiebig in seinem Buch „Das amerikanische Wirtschaftswunder“.

von den unangenehmsten Abfindungen an Fürsten und Fürstinnenfamilien, durch Erparnisse am Beamtenapparat der Heeres- und Marineverwaltung, Streichung des Neubaus von Kriegsschiffen, wie überhaupt durch äußerliche Einschränkung im Etat des Reichsweheministeriums. Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen fordern in erster Linie: Offenlegung der Steuerlisten, Abbau der Umsatzsteuer, Reform des Einkommensteuerrechts zur Entlastung der untersten Stufen und schärfere steuerliche Erfassung der höheren Einkommen, volle Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau.

2. **Tariffestaltung der Eisenbahnen und der Post:** Der Forderung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie auf Abschaffung der Tarifautonomie und Fernsprechtariffgebühren der Post schließen sich die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände an. Auch hier gilt, wie bei allen Gebührenden, das Prinzip, daß die Rentabilität durch Steigerung des Wertes erreicht werden soll. Die Finanzgebarung der Reichspost darf bei aller Erwinigung der rechnungsmäßigen Trennung der Reichsbahnen der Kontrolle des Reichstages nicht entzogen werden. Insbesondere sind die Gelder des Postverkehrsverehrs zweckmäßig im Rahmen der Finanzverwaltung anzulegen. Aufgabe der Reichsbahndirektion muß es sein, die Ueberbrücke, wozu sie durch Reparationskassen und die Bestimmung des Reichsbahngesetzes vom 24. August 1924 gezwungen ist, auf dem Wege der Steigerung des Wertes zum zu erzielen, anstatt durch Tarifsteigerungen den Verkehr zum Schaden der Wirtschaft zu hemmen. Zusammenfassend ist zu sagen, daß Post und Bahn sich den Erfordernissen rationaler Preisgestaltung anpassen müssen und daß die Verkehrsverwaltungen in ihrer Politik den Grundgedanken der Wirtschaftlichen sollen, Diener der Gesamtwirtschaft zu sein.

3. **Die sozialen Aufgaben:** Die sogenannten sozialen Aufgaben dienen dem Schutze der menschlichen Arbeitskraft. Die freigenen Gewerkschaftlichen Spitzenverbände lehnen deshalb jeden Rücksicht der Leistungen auf diesem Gebiete ab. Dagegen fordern sie Ausgestaltung der Leistungen der bestehenden Sozialversicherung und vor allen Dingen schnellste Durchföhrung einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung.

4. **Lohn und Arbeitszeit:** Die Erhöhung des Lohnniveaus ist nicht nur sozial erwünscht, sondern auch als Antrieb zur Nationalisierung unter Voraussetzung der Markterweiterung für die Gesamtwirtschaft dringend notwendig. Deshalb fordern die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände: Aufrechterhaltung und Ausgestaltung des Tarifsystems, des

Tarifrechts und des Schlichtungswezens; gesetzliche Durchführung des Achtstundentages und Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

5. **Bank- und Kreditwesen:** Jede künstliche Neuschöpfung von Krediten ist abzulehnen, da sie preis-treibend wirken und bei größerem Umfang die Währung gefährden würde. Durch die Reichsbank, durch die öffentlichen Banken und durch Beeinflussung der Reichsbanken ist ein Abbau der Sparne zwischen Bank und Sparerzinsen und eine planvolle Kreditverteilung anzustreben, bei der die volkswirtschaftliche Möglichkeit in der Lenkung des Kapitalstromes mehr berücksichtigt wird als bisher.

6. **Handelspolitik:** Der Abbau der internationalen Zollmauern, insbesondere aber der deutschen Zollmauern, ist das Gebot der gegenwärtigen Lage. Es kommt darauf an, sich nicht nur über diese Barole zu verständigen, sondern sie auch, im Gegensatz zur deutschen Zollpolitik des vergangenen Jahres, auf den einzelnen Gebieten einzuführen zu verwirklichen. Die künftigen Handelsvertragsverhandlungen sind nicht mit dem Ziel der Aufrechterhaltung des eigenen Zolltarifs, sondern mit dem Bestreben nach Abbau des allgemeinen Zollniveaus zu führen.

Gütererzeugung und Güterverteilung.
1. **Nationalisierung:** Die Nationalisierung ist notwendig; sie ist nicht nur ein Ziel, sondern auch eine Gewerbaufgabe. Ihr Ziel muß Verbilligung der Produktionskosten und Preise bei gleichzeitiger Erhöhung der Röhne sein. Nur auf dem Wege über die Steigerung der Massenkaukraft können die arbeitenden Arbeitnehmer von neuem Beschäftigung finden. Die gegenwärtig oft geübte Methode der Nationalisierung ohne gleichzeitige Preisverbilligung und Lohnerhöhung durchzuführen, muß die Krise der Ueberproduktion erzeugen. Die Durchführung der Nationalisierung muß unter Berücksichtigung der Wirtschaft und Wirtschaftskräfte und unter Berücksichtigung sozialer Härten geschehen. Die Aus-scheidung der Arbeitskräfte ist zu fördern. Die Auslese der besten Kräfte ist von unangenehmlichkeiten zu befreien.

2. **Konzentration:** Die Konzentration ist kein Selbstzweck, sondern eine ständige Erscheinung in der kapitalistischen Wirtschaft. In engem Zusammenhang mit der Nationalisierung von Gewerben steht in vielen Fällen der Zusammenstoß gleichartiger Unternehmungen. Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stimmen dem Reichsverband der Deutschen Industrie zu, wenn er hervorhebt, daß das Hauptziel der Konzentration verbilligte Erzeugung und Absatzvermehrung durch Preisdruck sein soll. Da der Konzentrationsprozeß in zahlreichen Fällen zunächst Arbeitslosigkeit erzeugt, können ihn die freien Gewerkschaften nur unter der Voraussetzung einer ausreichenden Erwerbslosenversicherung fördern helfen. Eine Verringerung bestehender Steuergebühren zum Zwecke der Erleichterung einer Konzentration kann von ihnen nur bei einer gleichzeitigen Erhöhung anderer Besteuerungen gestützt werden. Der bedeutendste Ausbau einer sozialisierten Produktions- und Umsatzpolitik ist auch zur besseren Verteilung der Gesamtfragen der Nationalisierung und Konzentration erforderlich.

3. **Kartelle:** Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen fordern, daß die Preispolitik der Kartelle nicht unter der irdirehrenden Ueberbrücke der Ordnung des Marktes und der Erzielung stetiger Preise in der Praxis ausgerichtet wird auf eine ungeheure Hochhaltung der Preise und auf ihre Verringerung nach den Produktionskosten leistungsstärkerer Betriebe. Notwendig ist zur Sicherung einer gesunden Kartellpolitik eine Reform des Kartellrechts, die im besonderen einen Ausbau der staatlichen Kartellaufsicht vorsehen muß. Die Kartellaufsicht ist in die Hand eines besonderen, zur Ueberwachung und Berichterstattung verpflichteten Kartellaufsichtsamtes zu legen.

4. **Güterverteilung:** Die Konzentration im Warenhandel wird durch die Konzentration neuer Formen der Güterverteilung gefördert, die im Sinne des Interesses der Preisermittlung notwendigen Geschäftsprinzips „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“ wirken. Besondere Bedeutung weisen die Gewerkschaften den Genossenschafts- und Konsumvereinen zu. Solange die Umsatzsteuer weiterbesteht, sind die Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher von der Doppelbelastung durch die Umsatzsteuer zu befreien. Kartelle des Handels und des Handwerks müssen genau so wie die Kartellkartelle der allgemeinen Marktaufsicht unterliegen. Im gleichem Maße ist zu erfüllen, ist es notwendig, die Einzelhandelsmöglichkeiten nicht durch hohe Einzelhandelspreise zu unterbinden. Zusammenfassend fordern die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen für das Gesamtgebiet der Güterverteilung: keine Vereinigungen des notwendigen Vereinigungsprozesses im Großhandel und Kleinhandel, Förderung der Genossenschaften, die als rationelle Instrumente der Güterverteilung dienen.

Die in dieser Denkschrift gewiesenen Wege würden unser Volk und die Gesamtwirtschaft aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Wirrnissen herausführen. Die Verwirklichung der in der Denkschrift der freien Gewerkschaften niedergelegten Programmpunkte liegt in der Richtung der Gemeinwirtschaft. In der Richtung! Die Verwirklichung würde an sich noch nicht Gemeinwirtschaft sein, aber sie würde dem privatwirtschaftlichen Vampir recht kräftig die Krallen beschneiden. Wie notwendig das ist, weiß jeder Gewerkschafter, sollte er jedenfalls wissen. Die Unternehmer und ihre Trabanten schreiben ja jeden Tag in die Welt hinaus, der Lohn müsse abgebaut werden, wenn die Wirtschaft nicht zugrunde gehen solle". Auf die „hohen“ Bauarbeiterlöhne sind sie ganz besonders schlecht zu sprechen. Nicht nur Bauunternehmer, sondern in viel stärkerem Maße die „Herren“ in der Industrie: die Montantönige. Ihr Wirtschaftsprogramm ist zwar nicht genau, dafür aber um so einfacher. Neben Lohnabbau ist die Arbeitszeitverlängerung ihre wichtigste Forderung. Die deutschen Unternehmer glauben, nur beim Höchstmaß der Ausbeutung „ihrer“ Arbeiter bestehen zu können. Das behaupten nicht nur Unternehmer zweiten und dritten Ranges, sondern auch ihre „Führer“. Das hindert aber dieselben „Führer“ nicht, den Raubzug, den jetzt die ehemaligen Fürsten am deutschen Volk, also an der deutschen Volkswirtschaft, vollführen wollen, zu unterstützen. Dieselben „Wirtschaftsführer“, die den Untergang der deutschen Wirtschaft mit „volkswirtschaftlichen Gründen beweisen“, wenn eine Arbeitergruppe 1-3 Lohnerhöhung erhält, finden kein Wort dagegen, daß den ehemaligen Fürsten Hunderte von Millionen in den Hals geworfen werden sollen! Weit und breit ist kein Wort von einem dieser „Wirtschaftsführer“ zu hören, das sich gegen die 2 1/2-Milliardenansprüche der ehemaligen Fürsten richtet! Daran können wir erkennen, welchen inneren Wert die Argumente der Unternehmer und ihre Denkschrift haben...

Gegen die Denkschrift der freien Gewerkschaften werden alle Argumente und alle dem Kapitalismus ergebene Professoren und „Wolfswirtschaftler“ mobil gemacht. Das war bei der „volkswirtschaftlichen“ Einstellung der Unternehmer und ihrer Trabanten nicht anders zu erwarten. Deshalb wird die Arbeiterschaft kämpfen müssen um die Durchführung der Programmpunkte der Denkschrift. Dieser Kampf muß überall geführt werden. Dort, wo die Richtlinien der Wirtschaftspolitik ausgearbeitet, und dort, wo sie in die Wirklichkeit umgesetzt werden. In den Reichs- und Länderparlamenten, in den Stadt- und Gemeindevertretungen und nicht zuletzt in den Betriebsvertretungen muß dafür gekämpft werden. Wir müssen auch die Gleichgültigkeit in den Reihen der Arbeiterschaft selbst niederkämpfen. Den Feind, den wir am tiefsten haßen, das ist immer noch der Unverstand der Massen. In diese Masse müssen wir mit immer erneuter Kraft unsere wirtschaftlichen Anschauungen tragen, müssen wir sie erlachender Werberkraft für unsere Organisationen arbeiten. Die Stärkung der Gewerkschaften ist die beste Abwehr der Bestrebungen der Unternehmer und zugleich die beste Vorbereitung zur Verwirklichung der Denkschrift der freien Gewerkschaften!

Bauarbeiterkongress für Süddeutschland.

Die Konferenz, die am 23. Februar im Gewerkschaftshaus zu Stuttgart tagte, war aus Bayern, Württemberg, Baden und der Pfalz besetzt. Ihr Einberufer war der ADGB. Der Zweck der Tagung war, eine einheitliche und ausdrückliche Aufgabenerklärung der Baukontrollen herbeizuführen, ferner eine engere Führungsnahme unter den Bauarbeitergruppen fassen, Vertreten der baugewerblichen Verbände zu erreichen, um in geschlossener Front die Bekämpfung der Berufsgefahren im Baugewerbe wirksam durchzuführen. Vertreten waren auf der Tagung 8 Zentralvorstände, der IFA-Bund, der Baugewerksbund, die Zimmerer, Maler, Metallarbeiter, Holzarbeiter, Dachdecker, der Polierbund, die Maschinenisten und Heizer, die Steinarbeiter, die Gemeinde- und Staatsarbeiter, 27 Baukontrollen, 13 Ortsausschüsse, 7 örtliche Bauarbeitergruppenkommissionen, 2 Bezirksleiter des ADGB, 1 Reichstags-, 1 Landtagsabgeordneter und 3 Gäste, insgesamt 100 Delegierte. Als 1. Vorsitzender wurde Weimer, Stuttgart, als 2. Vorsitzender Kupper, Nürnberg, als Schriftführer Weimle, Stuttgart, Philipp, Saarbrücken und Meßger, München, gewählt.

In seinem Vortrage: „Die Aufgaben der Baukontrollen bei der Bekämpfung der Berufsgefahren im Baugewerbe“, sprach der Sekretär für Bauarbeiter, Kollege Sachs, ausführlich über die Bekämpfung der Berufsgefahren im Baugewerbe, die Tätigkeit der Baukontrollen und über Mittel und Wege zur Erreichung eines einheitlichen verbündeten Bauarbeitergruppenverbandes. Der Krieg hat auch auf diesem Gebiete seine Auswirkungen hinterlassen. Mit dem Aufleben der Bauwirtschaft nach dem Kriege nahmen auch die Unannehmlichkeiten in erspörender Weise zu, namentlich in den letzten Jahren, als auch die Selbstständigkeit reger wurde. Die Jahresberichte der Bauarbeitergruppenvereine legen hieran Zeugnis ab. Auf 1920 betrafierte im Jahre 1923

entfielen gemeldete Unfälle in Schlesien 24,78, 1924: 38,61, in Rheinland-Westfalen 1923: 27,01, 1924: 41,36, in Preußen 1923: 55,02, 1924: 70,41. Dies bedeutet eine Steigerung der Unfälle um das einunddreißigfache. In den anderen Ländern ist das Verhältnis nicht besser. Das Jahr 1925 wirtte sich noch ungünstiger aus. Die Berichte sind noch nicht erschienen, aber die Halbjahresberichte der Bauarbeitergruppenvereine haben bereits einen Vorgeschmack. In der ersten Hälfte 1924 ereigneten sich 6959 Unglücksfälle, darunter 78 Todesfälle; in der ersten Hälfte 1925 10514 Unglücksfälle; darunter 99 Todesfälle. Die vielen Unfälle sind auf die Lücken im Bauarbeitergruppenverband zurückzuführen. Wir wollen weniger, aber bessere Schutzbestimmungen, vor allem wollen wir eine Einheitlichkeit für das ganze Reich. Das Arbeiterleben ist überall gleich wertvoll. Die Unternehmer wollen aber keine Verbesserungen. Das Gesetz der Unternehmer, durch die Verbesserungen des Bauarbeitergruppenverbandes würden die Produktionskosten erhöht, ist völlig ungerechtigt. In dem neuen Gesetzentwurf wird den rückständigen Wünschen der Unternehmer in großen Maßstab Rechnung getragen. Deshalb müssen wir diesem Entwurf den Kampf ansagen und danach trachten, in den Länderregierungen Verbesserungen durchzubringen. Leider werden die vorhandenen Bestimmungen vielfach auch von den Arbeitern unbeachtet gelassen. Wir müssen uns mehr als bisher um den Schutz unseres Lebens kümmern. Als Gewerkschaften haben wir seit jeher die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Durchführung der Baukontrollen gefordert. Aus eigener Kraft haben wir schon vor der Kriegszeit in verschiedenen Städten Baukontrollen eingerichtet. Erst nach dem Kriege konnten wir in einigen Ländern, namentlich in Preußen, unserer Forderung auf Anstellung von Baukontrollen aus Arbeiterkreisen allmählich Gehör verschaffen. Durch den bekannten Personalabbau wurden dann aber wieder diese im Reich ist dies zu niedrigeren Stellen Baukontrollen werden aufgeben und allen Arbeitern beschlagnahmt. Der Baukontrollen gehört auf die Baustelle! Auch die Nachbesserungen der Kontrollen müssen erweitert werden. Vorgefundene Mängel dürfen nicht einzig und allein durch Meldung über den Dienstweg gehen. Der Kontrollen muß die Macht haben, Mängel sofort abzustellen. In Fällen unmittelbarer Gefahr muß er das Recht haben, entgegen dem Widerspruch des Unternehmers auch Bauten stillzulegen. Die Bauleitenden müssen bei der Kontrolle mit herangezogen werden. Dabei darf die Fühlung mit den Gewerkschaften nicht vernachlässigt werden. Nur wenn alles Hand in Hand arbeitet, können die Gefahren am Bau gemindert, viele Unfälle und Schmerzen zum Wohle der Bauarbeiter beseitigt werden. (Beifall)

In der Aussprache bespricht zunächst Waagner, Würzburg, die verschiedenen Bestimmungen des Bauarbeitergruppenverbandes in Bayern und die Tätigkeit der Baukontrollen. Wichtig sind diese zu den Aufgaben nach den Umständen aufgeführt. Dies mußten die Kontrollen ablehnen. Es g. g., vom Gewerbe- und Handelsministerium Karlsruhe, erklärt, durch die Tätigkeit des früheren Arbeitsministers Engler habe Baden Verordnungen erhalten, die als Musterbeispiel für ganz Deutschland gelten könnten. Das Zusammenarbeiten der Bauleitenden und Baukontrollen mit den Gewerkschaften ist unbedingt nötig. Die Bauleitenden sollten in erster Linie Sacharbeiter sein. Raepfow, Bamberg, geht auf die Entwicklungsgeschichte des Bauarbeitergruppenverbandes näher ein. Es sind über 30 Jahre her, als die Bauarbeiter mit anderen Gewerkschaften zur dieser Frage Stellung nahmen. Viele Beschwerden sind herausgegeben worden. Entschuldigungen haben nicht viel frucht. In jenen eigenen Bauarbeitern müssen wir das Gewissen haben. Was für Fragen auch sie sind, wenn Unfälle vorkommen. Unsere Bauleitenden haben vielfach ihre Aufgaben nicht begriffen. Leider meigten sich oft die tüchtigsten Kräfte, das Amt eines Bauleitenden anzunehmen. Deshalb ist diese Frage eine Organisationsfrage. Die Macht der Organisation muß hinter den Organen stehen, die den Bauarbeitergruppenverband überwachen haben. Die Schulung der Arbeiter in dieser Beziehung ist unzulänglich. Der Gerüstbau ist eine schwierige Arbeit, gerade bei Umbauten. Deshalb sollten nur die tüchtigsten Leute als Gerüstbauer genommen werden. In der Hamburger Bauhölzer wird dem Bauarbeitergruppenverband in anerkannter Weise mehr Beachtung geschenkt. In großen Eisenbauten wird vielfach ohne Gerüst gearbeitet. Diese Zustände sind unerträglich. Bei Unfällen, die gerichtlich abgeurteilt werden, will man vielfach überhaupt nur den Arbeitern die Schuld in die Schuhe schieben. Ergeben wir in erster Linie die Bauarbeiter, dann werden wir auch einen richtigen Bauarbeitergruppenverband bekommen. Wenn Unfallsgefahren drohen, dürfte kein Bauarbeiter die Baustelle betreten. Mögen alle für die Stärkung der Gewerkschaften ihre ganze Kraft einbringen, dann wird es auch im Bauarbeitergruppenverband besser werden. Peters, Bamberg, bespricht kritisch einen Vorschlag in der Arbeitsverteilung: „Sind Baukontrollen Organe der Gewerkschaften?“ und fordert die Baukontrollen auf, in engerer Fühlung mit den Gewerkschaften ihr Ziel weiter zu verfolgen. Grünig, Vertreter der IFA, wünscht einen Aufbau, wonach die Bezirke zu öffentlich-rechtlichen Unfallbezirken ausgebaut werden. Wir als Techniker wollen Hand in Hand arbeiten mit den Arbeitern. Müller, Bamberg, spricht für bessere Schutzvorrichtungen im Schornsteinbau. Die deutsche Technik ist in dieser Beziehung noch sehr rückständig. Hoffmann, Stuttgart, gibt die Schuld an den vielen Unfällen den kurzfristigen Terminen, dem Anreiz und Prementensystem. Die Richter sollten sich zu solchen Dingen nicht beiseiten lassen. Bei Unfällen hätten sie die größte Verantwortung zu tragen. Cziffler, Stuttgart, erklärt, auch die Metallarbeiter nähmen regen Anteil an der Bekämpfung der Berufsgefahren. Der beste Schutz ist der Selbstschutz. Baukontrollenmeister Stadler, München, hätte gewünscht, daß sich auch die Baukontrollen mehr zum Wort gemeldet hätten, um ihre Erfahrungen auszutauschen. In München sei mit den Behörden ein gutes Zusammenarbeiten. Nur auf dem Lande könnte es besser sein. Die Arbeiterpresse muß durch die Gewerkschaften besser unterrichtet werden. Baukontrollenmeister Schwab, Nürnberg, teilt mit, die Baukontrollen in

Nürnberg hätten sich bei allen Bauausstellungen an der Bekämpfung der Unfallsgefahren durch Ausstellung von Bildern beteiligt und schon dadurch große Verdienste erworben. Aufklärung ist die sicherste Waffe zur Bekämpfung der Unfallsgefahren. In einem Schlußwort ging Kollege Sachs auf einzelne Einwände der Redner ein. Die beste Schule für die Bezirke. Die Ausführungen haben gezeigt, daß die Tagung eine Notwendigkeit war. Sie wird dazu beitragen, daß die Baukontrollen mit den gestärkten Mut bei ihrer Arbeit fortfahren!

Dann sprach Kollege Werner, Stuttgart, über die Zusammenfassung der Bauarbeitergruppenverbände in den einzelnen Bezirken. Er gab einleitend einen historischen Überblick über die Entwicklung der Bauarbeitergruppenverbände in Deutschland. Solange baugewerbliche Arbeiterorganisationen bestanden, ist auch deren Tätigkeit auf einen ausreißenden Schutz von Leben und Gesundheit aller am Bau Tätigen ausgeübt worden. Anfangs arbeiteten in dieser Richtung Ortskommissionen, später wurde dann die Zentralkommission für Bauarbeitergruppenverbände in Hamburg eingesetzt. Diese und der erste Bauarbeitergruppenkongress im Jahre 1899 in Berlin bildeten die Grundlage für die spätere Wirksamkeit auf dem Gebiete des Bauarbeitergruppenverbandes. Drei Teilnehmer an diesem ersten Kongress weisen auch heute unter uns: die Kollegen Raepfow, Bamberg, Silberstein, Berlin und Metzler, Nürnberg. Der erste Kongress forderte die Bauarbeiter aller Bezirke in Deutschland auf, zur Hebung der Mißstände im Baugewerbe und zur Unterstützung der Zentralkommission in allen Orten örtliche Bauarbeitergruppenkommissionen zu bilden. Ende 1899 bestanden in allen namhaften Orten derartige Kommissionen. Der Krieg beendete dann diese Bestrebungen. In den Kriegsjahren blieb der Bauarbeitergruppenverband vernachlässigt. Auch nach Beendigung des Krieges waren die Empfindungen für diese Bestrebungen noch äußerst schwach. Leben und Gesundheit wurden nicht mehr so sehr gewertet. Man aber besteht den Grundstein zu legen für eine Neuaufnahme unserer Bestrebungen. Hebrat müssen wieder Landes- und Ortskommissionen gebildet werden. Um den Kommissionen mehr Halt zu bieten, sollten sie in engerer Verbindung mit den Bezirks- und Ortsausschüssen des ADGB gebildet werden. Das Tätigkeitsgebiet der Kommissionen sollte in der Regel durch den Bereich der Bezirke- oder Ortsausschüsse des ADGB begrenzt sein. Ein Hauptzweck sei bei Gründungen auf die Personenerfrage zu legen. Sachkenntnis und Erfahrung sind die Voraussetzungen für die Eignung der Kommissionsmitglieder. Ein reger Erfahrungsaustausch und Meinungsaustausch der Kommissionen untereinander muß einsehen; die in ihrem Bereich vorhandenen Kräfte, Landes- und Gemeindevertreter, Gewerkschaftsführer, Presse, Baukontrollen und Baulegitime, müssen in geeigneter Weise einbezogen werden. Der Sitz der Landeskommissionen sollte in der Regel am Sitz des Bezirks- oder Ortsausschusses des ADGB sein. Den Landeskommissionen sollten angehören die Bezirke- und Gauleitenden der baugewerblichen Organisationen, Vertreter des IFA-Bundes, der Bezirksleiter des ADGB, und möglichst ein Abgeordneter des Land- oder Reichstages. Außerdem sollten in wichtigen Fragen Vertreter der örtlichen Kommissionen, Gemeindevertreter und Baukontrollen zu den Sitzungen hinzugezogen werden. Ferner muß angestrebt werden, jährlich mindestens einmal eine Zusammenkunft mit den Vorsitzenden der Ortskommissionen des Bezirks einzuberufen, um einen Meinungsaustausch zu pflegen und Richtlinien für die künftige Tätigkeit festzulegen. Die Landeskommissionen sollten mindestens halbjährlich eingehend über die Lage im Bezirk an die Zentralstelle berichten und bei Eingaben an behördliche Stellen Nachschüsse bei der Zentrale einholen. Notwendig sei die Herausgabe eines Anleitungsbuches für Bauarbeitergruppenverbände, das die Information der Kommissionsmitglieder und Vorstände der baugewerblichen Organisationen. Die Finanzierung der Kommissionen muß gesichert werden, von den vorhandenen Mitteln ist die Erfüllung gewisser Aufgaben in hohem Maße abhängig. Das trifft auf Baukontrollen, photographische Aufnahmen bei großen Mißständen und Unglücksfällen auf die Lichtbildpropaganda zu. Die Bauarbeitergruppenverbände aller Bezirke hat alle Ursache, sich einzig und allein hinter ihre Gewerkschaften zu stellen, damit diese gegen ihre Widersacher im Kampfe um besseren Bauarbeitergruppenverbände dann je vorgehen können und den Schutz erreichen, dessen alle am Bau Tätigen bedürfen. In diesem Sinne mögen die Delegierten draußen in den einzelnen Orten eintreten, die Massen aufwecken und sie für einen besseren Bauarbeitergruppenverband interessieren. (Beifall)

In der Aussprache schloß Cziffler die Verhandlungen in Bayern und wies auf die Schwierigkeiten hin, die durch das Bestehen von 24 Verordnungen entstehen. Die Unfallziffer ist riesig gestiegen. In 37 Fällen wurden Arbeiter wegen angeblicher Selbstverletzung durch Unfälle beurlaubt. Seit Bayern „Ordnungsgelbe“ geworden, ist der Bauarbeitergruppenverband zum Stillstand gekommen. Die Gewerkschaften müssen auf dem Wege der Selbsthilfe einen besseren Schutz erzwingen. Raepfow sprach zur Finanzierung und stellte in Aussicht, daß sich die Zentralvorstände bald mit dieser Frage befassen werden. Die Organisation unserer Bestrebungen wurde von ihm nachdrücklich befohlen. Sachs warnte dringend, sich nur auf die Hilfe von „Oben“ zu verlassen; durch eigene Kraft müssen wir zum Ziele kommen. Die geforderte Anleitung für Bauarbeitergruppenverbände ist druckfertig. Die Neugründung des Bauarbeitergruppenverbandes werden stets die örtlichen Kommissionen sein. Schwab, München, sprach im Auftrage der hiesigen sozialdemokratischen Landtagsfraktion. Was hier geschehen werde, sei von keiner Fraktion bisher als selbstverständliche Pflicht betrachtet worden. Immer sei sie mit aller Kraft für die Interessen der Bauarbeiter eingetreten; sie werde dies auch künftig tun. Damit war die Aussprache erledigt. Nachstehende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: Entschließung I. Die Bauarbeitergruppenverbände für die Freistaaten Bayern, Württemberg und Baden, die am 23. Februar 1926 in Stuttgart tagte und an der teilnehmenden Vertreter der im ADGB und im IFA-Bund zusammengeschlossenen baugewerblichen und anderer Verbände, Delegierte der Bauarbeitergruppenkommissionen

und die Mehrzahl der Baukontrollen dieser Baubestellen, fordert von den zuständigen Regierungsstellen und den nachgeordneten Behörden schnellste Maßnahmen, um die Bauarbeiter gegen die Gefahren ihres Berufes in besserer Weise als bisher zu schützen. Die erhebliche Zunahme der Bauunfälle läßt erkennen, daß die bisher vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen nicht ausreichen sind. Die Konferenz hält deshalb zunächst eine vermehrte behördliche Überwachung der Bauten zur genaueren Inangriffnahme der geltenden Bauvorschriften für dringend notwendig. Die Gemeinden und Kreise sind erneut anzuhaltend, zur Eindämmung der baugewerblichen Berufsgefahren sofort ausreichendes Personal bereitzustellen. Zur Überwachung der Bauten sind vor allem erfahrene Bauarbeiter als Baukontrollen einzustellen. Überbauten Baukontrollen ist ihr Amt wieder zu übertragen.

Entscheidung II. Die Konferenz erklärt den II. Entwurf einer Verordnung zum Schutze der Bauarbeiter — der im Juni v. J. vom Reichsarbeitsministerium an die Länderregierungen zur Stellungnahme gelangt wurde — für völlig unzureichend und erwartet von der bayerischen, böhmisches und württembergischen Regierung, diesen Entwurf die Zustimmung zu verweigern. Die Konferenzteilnehmer verlangen von den gleichen Regierungen, ihren ganzen Einfluß auszubieten, um der künftigen Reichsbauarbeiter-Schutzverordnung einen Inhalt zu geben, der zum wirksamen Schutze der Bauarbeiter ausreicht und die Mitwirkung der Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter bei der Durchführung der Bestimmungen in hinreichender Maße sicherstellt. Die Konferenz fordert die Landesregierungen auf, bei technischen Hochschulen, Baugewerkschulen, Maschinenbauhöfen, gewerblichen Fachschulen, beruflichen Fortbildungsschulen, Lehrlingsprüfungen, Gesellenprüfungen, Meisterprüfungen, staatlichen Prüfungen der Techniker oder Ingenieure als Pflichtfach „Arbeiter-Schutz“ im allgemeinen und „Bauarbeiter-Schutz“ im besonderen einzuführen. In all diesen Lehr- und Prüfungsanstalten ist durch bildliche Darstellungen und Besuche der Arbeitsstellen den Schülern Gelegenheit zum eingehenden Studium des Arbeiterschutzes zu gewähren.

Entscheidung III. Die Bauarbeiter-Schutz-Konferenz erachtet die Bildung von Bauarbeiter-Schutzkommissionen in den einzelnen Orten und Gebieten als die unerlässliche Vorbedingung zur Verbesserung des Bauarbeiter-Schutzes. Die Konferenzteilnehmer verpflichten sich, in ihrem Wirkungsbereich die Bildung derartiger Kommissionen zu fördern und die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Tätigkeit der Kommissionen zu erleichtern. Ferner hält die Konferenz die Bildung von Landeskommissionen für Bauarbeiter-Schutz für das Gebiet eines jeden Freistaates für unbedingt erforderlich. Die Landeskommission für Bauarbeiter-Schutz hat die Aufgabe, den Ausbau des Bauarbeiter-Schutzes innerhalb ihres Bereiches planmäßig zu fördern, die Tätigkeit der örtlichen Bauarbeiter-Schutzkommissionen durch Anregungen und Maßregeln zu unterstützen, sowie die Verbindung mit allen am Bauarbeiter-Schutz beteiligten Stellen zu unterhalten. Die Konferenz richtet an die gesamte Arbeiterschaft des Baugewerbes die Aufforderung, die zu ihrem Schutze erlassenen Bestimmungen streng zu beachten und Verstöße dagegen nicht zu dulden sowie alle auf die Verwirklichung der Bauarbeiter-Schutzbestimmungen dienlichen Bestrebungen durch verständnisvolle Mitarbeit zu unterstützen. Gegen 4 Uhr nachmittags konnte dann die Konferenz nach einem Schlusswort des Vorsitzenden, Kollegen Kupfer, geschlossen werden.

Herr Mielenz, die Berliner Baustoffhändler und wir.

Herr Mielenz ist ärgerlich. Unser Artikel in Nr. 10 des „Grundstein“: „Die Bauarbeiter in der Grob- und Feinbauindustrie“ hat es ihm angetan. Er schreibt uns, die Wiederholung seines „Gutachtens“ im „Berliner Tageblatt“ hätte für viele Unrichtigkeiten entfallen, daß wir eigentlich Bedenken tragen müßten, um anzunehmen, er hätte das wirklich gesagt. Und da wir dies nicht getan, fühlt sich Herr Mielenz gekränkt. Wir hätten ihm glatt zugehört, wissenschaftlich die Angaben zu machen, um der Öffentlichkeit den nötigen Einblick vor Lohnforderungen der Arbeiterschaft anzuführen. „Ganz so guttrottelhaft dumm und schlecht“ — wie wir annehmen — sei er denn doch nicht.“ Und dann legt uns Herr Mielenz die Möglichkeit eines von ihm an das „Berliner Tageblatt“ gerichteten Verzichtserklärungs vor, aus dem er seine Insubordination dem demontierten „Interview“ nachzuweisen sucht. Ein Redakteur des „Berliner Tageblatts“ habe bei ihm telefonisch angefragt, ob es richtig sei, daß Herr Mielenz in Berlin etwa 4 M die Stunde verdienen. Er habe geantwortet, das sei übertrieben, die Verdienste seien sehr verschieden; es käme jedoch vor, daß Spitzenverdienste von 8 bis 3,50 M erreicht würden. Die Wortbedeutung seien zum 31. März gekündigt. Herr Mielenz sei dann weiter „interwiewt“ worden über die vorläufige Bauqualität, die Preise für Bauholz und die Arbeitslosigkeit. Der Unzufriedene hätte die „hohen“ Verdienste erwähnt und wollte darüber Näheres wissen. Herr Mielenz sei dann falsch verstanden worden, so daß in der Folge unterlaufen seien. Die Wortbedeutung der Mauter vor dem Kriege seien falsch wiedergegeben, er habe auch nicht von einem Durchschnittslohn von 1,25 M gesprochen. Auch der Kündigungstermin, der übrigens nur für die Mauter gelte, sei falsch wiedergegeben. Die Angabe, die Mauter würden umfallen nur den kleineren Teil der Firmen, die meisten Geschäft seien der freien Vereinbarung unterstellt,“ stamme nicht von ihm, sie sei unverständlich und unrichtig. Der Veröffentlichung eines reichlich schief und mißverständlich wiedergegebenen telephonischen Gesprächs in dieser Form bei Herrn Mielenz außerordentlich unangenehm, da sie ihn in den Fachkreisen in einem sehr merkwürdigen Licht erscheinen lasse. Solche Äußerungen müßten schriftlich eingeholt werden, auch müsse dem Befragten die Möglichkeit gegeben werden, so etwas vor der Veröffentlichung prüfen zu können.

Sobald aus der Zukunft des Herrn Mielenz, wir haben bisher nicht ersehen können — nämlich, daß wir es übersehen haben —, daß das „Berliner Tageblatt“ diese Nicht-



Werden keinen Unrat auf den Boden! Ihr gefährdet Euch und eure Mitmenschen!

stimmungen gebracht hat. Das würde ein eigenartiges Bild auf dieses bis zu einem gewissen Grade als wirtschaftlich objektiv eingetragene Blatt. Wir sind auch noch etwas über eine solche Art der Befragung; so etwas halten wir bei einem Blatte vom Range des „Berliner Tageblatts“ für vollständig unmöglich gehalten. Telephonisch anfragen, kurze Notizen machen und dann aus diesem Vorgang etwas für die Zeitung zurechtzimmern, das so aussieht, als sei es eine schriftlich niedergelegte, wohl abgemessene Begutachtung prominenter Baustoffvertreter und Sachkenner — das ist allerdings allerhand!

Aber auch Herr Mielenz ist von Vorwürfen nicht frei zu sprechen. Er fühlt sich gekränkt ob der Bemerkungen, die wir zu diesem „Interview“ gemacht, wobei wir ihn selbstverständlich nicht schonen konnten. Wir haben natürlich nicht im Traum gedacht, daß diese „Auskunft“ auf solche Weise aufzandgekommen. Wir sind auch gern bereit, die Herrn Mielenz gemachten Vorwürfe zurückzunehmen. Aber was denn Herr Mielenz wirklich der Meinung, ein Redakteur ihn nur zu seinem Privatvergnügen auszufragen und nicht deshalb, um das sachverständige Urteil der kommenden Mittel der Bauarbeiter, falls er diese Auskünfte in die Presse bringen wollte, ihm dann zuvor den Würfel zu werfen, das auf das Auge recht unangenehm wirkt. Dann aber darf er sich nicht wundern, wenn solche Folgen entstehen.

Herr Mielenz sagt, man dürfe ihn doch nicht zutrauen, wissenschaftliche Angaben zu machen. Ganz gut gesagt. Aber, Herr Mielenz, was in den letzten Monaten von Berufungen und Unberufenen — neuerdings sogar von der „Baumwelt“ — über die „hohen Bauarbeiterlöhne“ systematisch in wohlberechneter Absicht in die Welt pocht, was das meiste uns nach dem Studium des Tagelohnartikels dazu führen, auch — wir sind offenerherzig! — Sie in diesen Kreis einzubeziehen! Wir bezweifeln nunmehr mit Genugtuung, daß Sie abriden von dem, was Ihnen das „Berliner Tageblatt“ in den Mund gelegt hat. Das „Berliner Tageblatt“ aber sollte, wenn es seinen Ruf wahren will als unabhängiges und den Wirtschaftsverhältnissen sachlich gegenüberstehendes Blatt, solche Dinge nicht wiederholen; seine „Echtheit“ gerät durch solche Geschehnisse in ein gewisses Avicula, das auf das Auge recht unangenehm wirkt.

Auch der Verein der Baustoffhändler von Berlin und der Provinz Brandenburg hat — wie er uns mitteilt — dem „Berliner Tageblatt“ eine Verzichtserklärung geschickt. Darin wird gesagt, es sei unmaßgebend, daß eine von einzelnen Baustoffhändlern angestrebte Vereinbarung zum Zwecke der Verbilligung der Baukosten in dem Widerstand des Handels gescheitert sei. Derartige Verhandlungen hätten niemals stattgefunden. Sie hätten auch nie ernsthaft geführt werden können, weil es dem Baustoffhandel bei seinem geringen Verdienst unmöglich sei, einen gewissen Prozentsatz an eine Verbilligung zu vergüten. Der scharfe und unangenehme Wettbewerb der für die gegenwärtigen Verhältnisse den reichlich vorhandenen Baustoffhandlungen bestehende den Sanktionen auf ein Mindestmaß durch diese Umstände wurde der Baustoffhandel unangenehm preisverabsprechend.

Wir machen uns diese Ausführungen natürlich nicht zu eigen. Der Handel kann uns „preisverabsprechend“ wirken. Und er mag immer und überall und bekommt dabei trotz geringen Aufwandes pralle Baugen. Wir können uns sehr gut ein Baustoffhändler ohne den in allen Fällen vertretenden ein Baustoffhändler denken. Wir nehmen lediglich von der „Baumwelt“ weis, das „Berliner Tageblatt“ auch in diesem Falle falsch berichtet hat. Das ist für das Blatt jedenfalls wenig schmeichlich. Mag es künftig in solchen Dingen vorsichtiger sein!

Moral mit doppeltem Boden.

Die Generalmitgliederversammlung der Kommunistischen Partei in Dortmund nahm nach längerer Aussprache nachfolgende Entschließung mit 151 gegen 24 Stimmen an: Die Generalmitgliederversammlung der SPD. in Dortmund protestiert aufs schärfste gegen das fraktionelle Treiben abgeleiteter Sekretäre und deren Freunde. Während die Partei in einem ersten Kampf steht für den Volkseinkauf, gegen den Unternehmertum im Ruhrgebiet, für die Erwerbslosen und gegen die Luther-Regierung, wo es gilt, alle Kräfte einzusetzen und das Vertrauen der breiten Massen zur SPD. zu stärken, unterwerfen diese die Partei durch ihre Fraktionsarbeit. Durch die parlamentarische Ver-

lung der ungläubigsten Unwahrheiten soll das Vertrauen der übermäßigsten Mehrheit der Mitgliedschaft zur Bezirksleitung, zum Zentralkomitee und zur Kammerin ergriffen werden. Systematisch wird die Parteiatmosphäre vergiftet und es ist bis heute bereits so weit, daß die SPD-Pressen Rundschreiben ihrer Fraktion gegen die Partei ausgeben kann. Woher hat aber die SPD-Pressen solche Rundschreiben erhalten? Diese Frage müßte jedem Genossen, der noch mit den Fraktionsmachern sympathisiert, zu denken geben. In dem gleichen Augenblick, da sich die ersten Erfolge unserer Politik zeigen, zerfallen die Ultralinken diese durch ihre partei- und konventionenfeindliche Hege wieder. So geht es nicht weiter. Politisch wissen die Ultralinken nichts Besseres zu sagen. Sie gefallen sich in der Rolle als Warner, Wächter und Berater der Genossen. Diese Genossen mühen die Langmut der Bezirksleitung und der Mehrheit ihnen gegenüber aus. Sie haben kein Recht, nach „mehr Demokratie“ zu streben, während sie diese selbst fortwährend mißbrauchen. Eine positive und gesunde Kritik ist immer erwünscht, aber wir haben keine Lust, in unsern Verammlungen immer wieder durch die Klagen dieser Genossen uns von der Arbeit abhalten zu lassen. Wir erwarten von der BL. höchste Unterstützung in unsern Kämpfen zur Befreiung der Partei.

Eine ganz niedliche Entschließung. Es wird darin in zweifeltlicher Weise dargelegt, was die Fraktionsarbeit innerhalb einer Körperschaft führt. Aber wenn die Herren von „ultralinks“ diese Leberzeugung haben, dann sind auch in allen Dingen konsequent! Diese Entschließung kann nämlich auch auf jede Versammlung irgend einer Gewerkschaft angewendet werden; man braucht nur zu setzen für Zentralkomitee die Zentralkomitee, anstatt Kammerin oder Fraktion, anstatt Parteiführer die Fraktionsführer usw. und man hat eine in allen Teilen und Folgerungen zutreffende Beurteilung der „Zellenbildung“, des fraktionellen Treibens in den Gewerkschaften. Aber das ist es ja eben: In den eigenen Reihen entwickeln die Kommunisten einen vorzeitlichen Instinkt über die geschehene Wirkung von Sonderbestrebungen; sie beurteilen sie aufs schärfste und ahnen Verstöße unerbittlich mit dem Ausschluß. Sie streifen jedoch jeder Partei und über Vergeßlichkeit, wenn nicht kommunistische Körperschaften, denen sie angehören, ein solches Treiben bei sich auch nicht dulden wollen und die gleichen Mittel zu deren Verhinderung anwenden, wie die Kommunisten in ihren Reihen. Das ist Moral mit doppeltem Boden, die jedem normal Denkenden einfach unverständlich erscheint.

Man beachte auch das Verhalten der Kommunisten, wie sie zu der getroffenen Annahme über Volksbegehren und Volkseinkauf zur Entgegnung der früheren deutschen Fürsten stehen. Demoh die Annahme dahin lautet, daß jede Partei für sich die Propaganda dafür betreibt, streben sie nach „Einheitskomitee“ und tragen in die Bewegung nur Verwirrung und Mißtrauen. Die Diskreditierung der Sozialdemokratischen Partei steht ihnen weit höher als die Entgegnung der Fürsten. Ganz gewiß wäre ein völlig einheitliches Vorgehen beider Parteien in dieser Frage etwas gutes, wenn man das Vertrauen haben könnte zur Leitung der Kommunistischen Partei, daß sie nur und nur die Einheit wolle. In dieser einen Frage der Fürsteneinkauf. Aber das gibt ja gar nicht! Schon immer ist jeder christliche Versuch der Sozialdemokratischen Partei, irgendwo in irgendeiner Frage gemeinschaftlich zu handeln, jämmerlich gescheitert an der doppelten Kommunistenmoral. Und auch in diesem Falle zeigt sich immer mehr, daß den Kommunisten die Fürsteneinkauf nur Mittel zu dem Zwecke ist, den eigenen Einfluß in der Arbeiterbewegung zu vergrößern. Dazu täuglich die Begeisterung und Verdächtigung der Sozialdemokratischen Partei, vor allem ihrer Führer — auf Schritt und Tritt greift aus dem ganzen Gebirge die bekannte Leninische Taktik. Systematisch wird die Atmosphäre vergiftet — wie es so schön heißt in der Dortmunder Entschließung. . .

Es ist ein Jammer um die deutsche politische Arbeiterbewegung! Er wird bleiben, und die politische Dynamik der deutschen Arbeiterbewegung solange bestehen, bis wieder eine einheitliche sozialistische Arbeiterbewegung vorhanden ist. Ehe dies nicht ist, gilt in der politischen Richtung Kommunisten gleich Sanktionskreis.

Hochgeschraubte Lebensansprüche.

Als vor Wochen die Frage einer Wirtschaftsdiktatur durch die Industrie diskutiert wurde, schlug auch der Generaldirektor des Winterball-Kongresses, Herr August Klotz, in dieselbe Reihe. Er verlangte einen Wirtschaftsdirektor, dem von der Regierung weitgehende Vollmachten gegeben werden müßten. Von der linksgerichteten Presse scharf angegriffen, kommt Klotz in der „Berliner Zeitung“ vom 16. Februar in einem der Wirtschaftsdiktatur um die Arbeitszeit“ auf die Frage der Wirtschaftsdiktatur zurück. Seine Forderung ungeschwächt Klotz in dem neuen Artikel folgendermaßen: „Was den Wirtschaftsdirektor anbelangt, so hatte ich durchaus nicht im Auge, ihm die Diktatur zu übertragen. Im Gegenteil, er sollte nur dafür sorgen, daß sämtliche Arbeitszeitverordnungen aufgegeben werden und die Wirtschaft dann frei ist; das sollte der Arbeitgeber ebenso frei ist wie der Arbeitnehmer. Der Wirtschaftsdirektor sollte nur der Güter dafür sein, daß die Parlamentarier und die Regierungen die Wirtschaft nicht mehr anrühren; mit anderen Worten: er sollte die jetzt von diesen geübte verkappte Diktatur aufheben und völlige Freiheit schaffen.“

Wenn auch Klotz seine erste Forderung etwas abzuschwächen versucht, so ist sie im Grunde noch immer dieselbe, nämlich: daß er einen Diktator haben will, der alle Hebel aufheben soll, die zum Schutze der Arbeiterschaft geschaffen worden sind. Herr Klotz kommt auf die „hochgeschraubten Lebensansprüche aller Bevölkerungsschichten, auch der Arbeiter, die ebenfalls lebensverneuernd wirken“, zu sprechen. Wenn man einen solchen Satz liest, dann muß doch allen Erstes gefragt werden, was denn eigentlich die „hochgeschraubten Lebensansprüche“ der Arbeiter zu finden sind. Genießt verlangt er von den Arbeitern, und dies mit vollem Munde, den Leben-ansprüche einer Kulturmenschen. Doch bei

der heutigen sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland kann man doch wahrhaftig nicht von hochgeschraubten Ansprüchen reden. Daß auf dem Warenmarkt überhaupt noch Absatz stattfindet, ist einzig und allein darauf zurückzuführen, daß in Deutschland dank der breiten Massen der Gewerkschaften eine gewisse Kaufkraft der breiten Massen vorhanden ist. Von einem Wirtschaftsführer sollte man soviel Einsicht verlangen, nicht auch noch diese Möglichkeit des Warenab Absatzes zu unterbinden. Doch was gelten bei solchen Herren volkswirtschaftliche Einsichten! Worauf es ihnen ankommt, sagt Roßberg in folgenden Worten: „Die Unternehmer sollten sich mit ihren Angestellten und Arbeitern über die Arbeitsbedingungen von Fall zu Fall auch in Deutschland verständigen. Ich bin überzeugt, daß das durchwegs möglich ist. Bei beratendem Vorgehen würden wir bald die notwendigen Produktionsverbesserungen und Preisreduzierungen auf allen Gebieten bekommen, und damit wäre die Voraussetzung für eine weitere Entwicklung geschaffen.“

Was kommt in diesen Worten zum Ausdruck? Ausschaltung der organisierten Macht der Gewerkschaften und dadurch Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Herr Roßberg will nur mit „seinen“ Arbeitern und Angestellten verhandeln. „Wirtschaftliche Werte und Volkseinkommen“, so läßt sich Herr Roßberg weiter aus, „werden nur durch Arbeit geschaffen. Weder Regierung und Parlament, noch Organisationen sagen dies dem Volke mit aller Deutlichkeit, noch treffen sie Maßnahmen, die Arbeitsleistung zu erhöhen. Im Gegenteil, der Arbeitsminister kürzt die Arbeitszeit, erhöht aber dadurch mit diktatorischer Gewalt die Löhne. Hier, in der nach Zeit und Leistung zu geringen Arbeit, liegt das Grundübel.“ Also auch der Reichsarbeitsminister bekommt seinen Sieb. Die Inanspruchnahme mit dem heute bestehenden Schlichtungsstellen kommt in den Worten deutlich zum Ausdruck.

Nicht ganz unrecht dürfte Herr Roßberg haben, wenn er schreibt: „Es ist verfehlt, die Schuld auf Abschritten zu schieben. Warum haben wir Abschritten? Ich bleibe dabei, daß der Absatz jeder Ware lediglich eine Preisfrage ist. Wenn man billig genug verkaufen kann, ist man in andern Ländern vorwärts und wird dann Absatz im In- und Auslande finden.“ Wenige Unternehmer wird es in Deutschland geben, die von dieser Weisheit durchdrungen sind. Die hohe Preisfrage ist noch nicht einmal durch die fürchterliche Krise zum Bankrott gekommen. Und trotzdem kann die Krise am ehesten und durchschlagen werden, wenn die Warenpreise gebannt werden. Niedrige Warenpreise schaffen Absatz im In- und Auslande. Wenn aber Herr Roßberg verlangt, daß die Preisfrage gelöst werden soll, indem die Arbeitszeit verlängert und die Löhne gekürzt werden, dann muß ihm der schärfste Widerstand entgegengebracht werden.

Herr Roßberg hat in der Realisierung dieser rücksichtslosen Maßnahmen die Nationalisierung dieser Industrie zu lösen verstanden. 90 Kraftfahrzeuge liefern heute mehr als dreimal soviel Kraftprodukte als in der Vorkriegszeit. Dieses Ergebnis wurde erreicht, indem nicht voll leistungsfähige Anlagen ohne jede Förderung stillgelegt wurden. Die in Betrieb befindlichen Anlagen wurden neben technischen Verbesserungen mit allen Mitteln der Arbeitsteilung usw. und der intensiven Tätigkeit der Beschäftigten zur höchsten Rentabilität gebracht. Etwas Ähnliches mag Herr Roßberg auch für andere Industrien vorschreiben. Aber das mag ihm noch einmal gesagt sein: Die deutsche Arbeiterklasse ist gegen jede Diktatur. Sie ist auch nicht in der Lage, ihre Lebensansprüche herabzusetzen. Sie unterstützt Maßnahmen, die zur Senkung der Preise führen können. Die Gewerkschaften wollen aber nicht, daß eine solche Gefundung der Wirtschaft einzig und allein auf Kosten der Arbeiter und Angestellten geht. Die Lebensansprüche zurückzuschrauben, dafür liegt nicht die geringste Veranlassung vor, inwiefern die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten in andern Ländern auf einem weit höheren Stand steht.

Der Kampf der Unternehmer gegen die Berufsschulen.

Fast von der Offenbarkeit unbemerkt wütet gegenwärtig ein Kampf der Unternehmer gegen die Berufsschulen. Der Umfang von 1918 brachte auch hier wesentliche Veränderungen. Das Gesetz über die Erweiterung der Berufsschulen oder Fortbildungspflicht vom 31. Juli 1923 sieht vor, daß zum Besuch der Berufsschulen sämtliche unbeschäftigte Jugendliche beiderlei Geschlechts verpflichtet sind. Diergegen richten sich die Proteste der Unternehmer. Sie wollen die Berufsschulpflicht auf Arbeiter beschränkt wissen, deren Vergabung durch Eignungsprüfung festgestellt wird. Des ferneren spielt die Kostenfrage eine Rolle. Die Kosten werden aufgebracht durch Beiträge der Unternehmer und durch Zuschüsse des Staates und der Gemeinden. Lehrzeit in der Stellungnahme der Unternehmer sind die Beschlüsse einiger Industrie- und Handelskammern. Die Wochener Handwerkskammer formuliert beispielsweise ihre Stellungnahme folgendermaßen:

- a) den Zuzuschuß in der geforderten Höhe zu erhalten;
- b) den Umfang der Berufsschulpflicht einzuschränken lediglich auf die durch Eignungsprüfung als begabt erachteten Schüler;
- c) die Lehrpläne durchzuführen und auf deren Einschränkung hinzuwirken;
- d) tatkräftige Mitglieder in die Schulverbände zu entsenden.

Weiter heißt es in dem Protokoll: „Vor allem wurde betont, daß an der inneren Ausgestaltung der Berufsschulen die Wirtschaft mehr als bisher tätigen Anteil nehmen muß durch praktische Mitarbeit, damit die Berufsschulen tatsächlich ihren wahren Zweck erfüllen, nämlich die Heranbildung eines tüchtigen gewerblichen und kaufmännischen Nachwuchses.“

In gleicher Zeit haben sich auch andere Industrie- und Handelskammern mit der Frage der Berufsschulen beschäftigt. Die Darmstädter Industrie- und Handelskammer kommt zu folgender Stellungnahme: „Es müssen Bestimmungen getroffen werden über die Höhe des Durchschnittskostenersatzes, der pro Kopf des Schülers nicht überschreiten

werden darf. Ebenso muß bestimmt werden, auf wieviel Schüler eine hauptamtliche Lehrkraft entfallen darf. Die Finanzierung von Industrie und Handel zu den Kosten des hauswirtschaftlichen Unterrichts muß abgeklärt werden. Der Staat muß mindestens 50 % der Kosten tragen. Die Ausführung der staatlich gedeckten Kosten muß der örtlichen Regelung unter Mitwirkung der amtlichen Berufsvertretungen von Handel, Industrie und Handwerk überlassen werden. Grundsätzlich ist die Hälfte des durch Staatszuschuß nicht gedeckten Selbstbeitrages aus allgemeinen Mitteln der Gemeinden aufzubringen. Der Selbstbeitrag kann auf die Betriebe von Handwerk, Industrie und Handel umgelegt werden.“

Aus alledem ist ersichtlich, daß die Unternehmer einen Generalangriff gegen die Berufsschulen planen. Die Forderung, daß nur sogenannte begabte Schüler der Berufsschule zugeführt werden sollen, steht nicht im Einklang mit der Notwendigkeit, den gewerblichen und kaufmännischen Nachwuchs allgemein zu bilden, damit Qualitätsarbeiter auf allen Gebieten geschaffen werden. Das Bestreben der Unternehmer, tatkräftige Mitglieder in die Schulverbände zu entsenden, sollte jeden Gewerkschafter veranlassen, sich ebenfalls mehr um die Berufsschule zu kümmern und tatkräftige Mitglieder mit der Beaufsichtigung der Berufsschulen zu beauftragen.

Kampf gegen die Tarifverträge.

Es ist hinreichend bekannt, daß die Unternehmer die gegenwärtige Wirtschaftskrise benutzen möchten, um die Tarifverträge zu befeitigen. Sie verlangen die Möglichkeit, mit ihren Arbeitern, also unter Ausschaltung der Gewerkschaften, Sonderverträge abzuschließen, die den Arbeitern und Angestellten natürlich Verschlechterungen bringen würden. Sind die Tarife erst einmal an einer Stelle befeitigt und kommt den Unternehmern die Gesetzgebung oder die Beschäftigung der Schlichtungsausschüsse hierin entgegen, dann gibt es kein Halten mehr. Die Wochener Handwerkskammer will den Tarifvertrag befeitigen und stellt folgende Forderungen hierzu auf, nachdem über die Zerlegung der sozialen Lagen gelaubert wurde:

„Nach wie vor erscheint es der Kammer notwendig, zur Ergänzung der bisherigen Regierungsmaßnahmen, dafür zu sorgen, daß auf solchen Werken und Betrieben, für die von Seiten der Regierungsbehörde eine besondere Notlage als vorliegend anerkannt wird, von den Tarifverträgen abweichende Vereinbarungen über Lohn und Arbeitszeit hinsichtlich der Fortführung und der Erhaltung der Betriebe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Betriebe zugelassen werden. Die Frage ist keineswegs eine Neuerung. Die Beschäftigung entscheidet heute schon vielfach im Sinne der Separatvereinbarung. Hier muß schleunigst für rechtliche Klarstellung auf gesetzlichem Wege gesorgt werden. Es muß in dieser Zeit alles vermieden werden, was zu weiteren Darleinsbeschränkungen von wirtschaftlichen Unternehmen führt und die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Arbeit in den vorhandenen Betrieben auch unter geistlich abgeänderten Verhältnissen gegenüber der Allgemeinheit zücht. Wenn durch Sonderabmachungen tatsächlich Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden können, so darf in einer Zeit wie der gegenwärtigen ein solches Mittel nicht unbenutzt bleiben.“

Wieder dem Verlangen der Unternehmer stattgegeben, dann wird es bald keine Betriebe mehr geben, für die nicht eine besondere Notlage als vorliegend anerkannt werden würde. Nein, bleiben wir ruhig bei der Tarifvertragspolitik, auch wenn sie den Unternehmern nicht gefällt.

Lehrlinge und Erwerbslosensfürsorge.

Für bestimmte Beschäftigungsverhältnisse besteht keine Beitragspflicht zur Erwerbslosensfürsorge. Dazu gehören auch die Lehrlinge. Sie sind nach Artikel 5 der fünften Ausführungsverordnung vom 18. Januar 1926 beitragsfrei. Diese Bestimmung hat folgenden Wortlaut:

1. Beitragsfrei ist die Beschäftigung auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages von mindestens zweijähriger Dauer.
2. Die Beitragsfreiheit erlischt 6 Monate vor dem Tage, an dem das Lehrverhältnis durch Zeitablauf endet. Um diese Beitragsfreiheit zu erreichen, genügt schon die Anzeige des Unternehmers, der der Lehrvertrag beigefügt werden muß. Artikel 6 der Ausführungsverordnung vom 18. Januar 1926 bestimmt darüber:
2. In den Fällen der Artikel 2 und 5 genügt die Anzeige durch den Arbeitgeber; ihr ist der schriftliche Arbeits- oder Lehrvertrag, oder in den Fällen des Artikels 2 Absatz 2 die dort vorgegebene schriftliche Erklärung des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers beizufügen.
3. Die Anzeige muß angeben, für welches Beschäftigungsverhältnis, für welche Dauer und aus welchem Grunde die Beitragsfreiheit in Anspruch genommen wird.
4. Die Beitragsfreiheit beginnt mit dem Montag der Woche, in der die Anzeige eingeht. Sie tritt nicht ein, wenn die Krankenkasse feststellt, daß die Voraussetzungen nicht gegeben sind. Gegen die Entscheidung der Krankenkasse können das Versicherungsamt und das Oberversicherungsamt angezogen werden. Das Oberversicherungsamt entscheidet endgültig.

Der in diesem Artikel angezogene Artikel 2 bezieht sich auf Beschäftigungsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft, sowie auf Arbeitsverhältnisse, die sich nach einem Tarifvertrage regeln, der Vorschriften über die Dauer des Arbeitsvertrages enthält. Die Beitragsfreiheit für Lehrlinge ist, weil ihre Gewährung nicht mehr von der gemeinsamen unterzeichneten Erklärung des Unternehmers und des Lehrlings abhängig ist, sondern nur von der einseitigen Erklärung des Unternehmers, auch ausschließlich in das Ermessen des Lehrmeisters gestellt. Der wird handeln, je nachdem in ihm das Sozialie oder das Materielle überwiegt. Er kann ja einige Pfennige sparen! Wir weisen aber nachdrücklich darauf hin, daß 6 Monate vor Ablauf des Lehrverhältnisses die Beitragsfreiheit endet. Es muß darauf geachtet werden, daß der Unternehmer dann die Beiträge entrichtet, damit der Kollege später Ansprüche an die Erwerbslosensfürsorge stellen kann.

Zur Beitragsfrage.

Die Anträge des Bundesvorstandes und Beirats zum a u ß e r o r d e n t l i c h e n B u n d e s t a g haben aufsehend nicht das allen Kenntnis gefunden. Es gibt sogar Kollegen, die sich zum Schaden unseres Bundes auswirken würde. Die beantragten Beitragsätze seien viel zu hoch, die Unterhaltungsätze dagegen zu niedrig. Sonderbarerweise sehen gerade die Kollegen die „großene Gefahr“ zu erit, deren Richter am unterrichtlichen aussehen, die aber — wenn etwas zu holen ist, durchaus nicht als letzte ihren Anspruch geltend machen.

Zur Verteilung der Höhe der Beiträge muß in erster Linie die Einstellung unserer Gegner herangezogen werden. Das jüngste Mitglied unseres Bundes konnte und sollte wissen, daß unser Bund zur Wahrung der Rechte und Erwerbschancen der gesamten Bauarbeiterklasse Kämpfen mit Erfolg geführt hat. Darüber hinaus konnte auch der gleichgültige Kollege wissen, daß der hinter uns liegende Winter und die weiter anhaltende riesige Arbeitslosigkeit nicht nur den einzelnen, sondern auch unsere Bundeskasse stark belastet haben. Jeder Kollege müßte auch begreifen, daß das Internerium drauf und dran ist, auch den Bauarbeitern, wenn irgend möglich, den zehntägigen Arbeitstag aufzuzwingen, natürlich bei entsprechend herabgesetzten Löhnen. Unsere Kollegen in der Lausitz haben schon die Vorfreude darin erlebt, was ihnen blüht, wenn unser Bund eines Tages nicht in der Lage sein sollte, den Unternehmern gegenüberzutreten. Wie in andern Orten, so durchsuche auch in R o t t u s s f ü h r e n d e n U n t e r n e h m e r n , d e n d u r c h l a n g e A r b e i t s l o s i g k e i t g e s c h a d e n t e n B a u a r b e i t e r n g e g e n ü b e r t u m a c h e n , d a ß A r b e i t n u r t u b e s s e r t e n v o n 7 0 % , d a s h e i ß t 2 0 % u n t e r T a r i f , z u a r b e i t e n . S i e t r e t e n a u c h h i e r o f f e n d a m i t a u f d e n K i e s , s o n d e r n s i e s u c h e n s i c h i h r e B e i t e a u s . T r a u e r l i e g e g i e t e s u b e r a l l , u n d w e n n m a n , a n s t a t t i n d e n l e t z t e n G r o ß k ä m p f e n s e i n e P f l i c h t z u e r f ü l l e n , s i c h l i e b e r w e g e n S c h u l d e n s t r e i c h e n l ä ß t , s t e h t m a n e b e n d e m U n t e r n e h m e r s c h u l d o s g e g e n ü b e r .

Solche Vorlesungen erhalten uns blühtigartig den Weg, den wir gehen würden, wenn der Bundesstag sich von irgendwelchen Rücksichten auf die faulen, auch bei niedrigen Beiträgen organisationsmüden Flaumacher leiten ließe. Die Opfer, die wir zu bringen haben, sind schwer, aber sie sind tragbar, wenn wir uns unserer Aufgabe bewußt sind. Wer da glaubt, eine Beitragsherabsetzung von 20 % wöchentlicher nicht tragen zu können, der soll sich nicht wundern, wenn ihm sein Internerium den Lohn um 20 % je Stunde kürzt. So und nicht anders muß die Beitragsfrage betrachtet werden. Darum muß auch der Bundesstag die Anträge einstimmig annehmen. Wer uns um die weitere Beschäftigung willen verläßt, dem brauchen wir keine Träne nachzugewinnen.

Leopold Kitzel, Rotbus.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerbe. Feststellungsergebnis vom 22. Februar 1926.

Vertragsbestand	Zahl der gewerkschaften	In den berichtenden Bauergewerkschaften waren am Feststellungsstichtage arbeitslos										
		insgesamt	in der Bauwirtschaft	in der Holzwirtschaft	in der Stein- u. Ziegelwirtschaft	in der Metallwirtschaft	in der Kleingewerbewirtschaft	in der Textilwirtschaft	in der Lederwirtschaft	in der Maschinenbauwirtschaft	in der sonstigen Gewerbeindustrie	
Regb.	8	10766	4201	3400	404	7	228	1	0	175	682	9101
Baugew.	1	2887	646	669	19	11	68	1	0	9	867	1709
Stettin.	66	11282	4878	2037	59	38	123	0	0	128	449	7183
Breslau.	20	20746	8397	4634	147	43	263	18	28	154	384	12133
Werrta.	73	63904	26871	13183	683	99	600	273	30	92	108	16696
Wgbb.	24	17038	6987	1194	23	7	21	96	3	0	36	105
Kann.	45	10247	3247	1498	25	6	47	6	0	14	78	5577
Frankf.	15	20968	4719	3050	163	23	7	49	12	83	6	47124
Höln.	16	16148	1822	2098	176	20	14	20	10	41	322	4766
Dortm.	16	13331	2300	2395	225	27	71	81	92	1	10	341
Stuttg.	24	2014	883	1018	79	22	6	86	6	1	23	61
Bremen	20	22766	883	788	16	14	9	7	1	0	3	227
Hamb.	73	10520	2946	1188	228	32	123	64	0	0	36	1023
Wschl.	63	6285	1927	816	—	1	59	—	—	—	10	170
Berlin.	64	63810	2966	7703	210	70	193	22	123	0	1124	669193
Darm.	24	14153	2514	2443	71	21	1	45	0	0	6	253
Münch.	31	12311	1816	1948	96	—	—	—	—	—	4	14
Stuttg.	24	2014	883	1018	79	22	6	86	6	1	23	61
Bayr.	11	18948	2288	1878	107	150	2	73	17	—	84	203

Von den einzelnen Gruppen waren arbeitslos: Maurer 65 671, Hilfsarbeiter 44 286, Betonarbeiter 2522, Stuckateure und Putzer 2443, Plötzer und Steinhaufleger 370, Köpfer 2004, Fliesenleger 324, Glaser 633, Kuppelrieger 407, Bauwerkmeister 962, Erdarbeiter 8411. — Die Arbeitslosigkeit ist wieder nur wenig zurückgegangen. Am Stichtage hatten von 697 Bauergewerkschaften 631 mit 318 477 Mitgliedern berichtet. Von diesen waren 127 993 arbeitslos, gegen 131 077 in der Vorwoche. Das sind 40,17 % gegen 42,01 % in der vorigen Woche. Außerdem arbeiten im Münsterland Gebiet 206 Kurzarbeiter, gemeint in der Steinzeugbranche, nur 3 bis 4 Tage wöchentlich. Auch in den meisten Maschinen- und vielen Scheibentöpfereien wird — soweit nicht stillgelegt ist — seit Monaten kurzgearbeitet. Leider wird darüber nicht besonders berichtet. Die größte Arbeitslosigkeit hat wieder der Bezirk Königsberg mit 84,5 %. Dann folgen die Bezirke Stettin mit 63,7 %, Danzig mit 61,7 %, Breslau 58,5 %, Erfurt 50,9 %, Ploß 49,1 %, Dortmund 45,4 %. Unter dem Reichsdurchschnitt stehen die Bezirke Nürnberg mit 39,4 %, Magdeburg 38,8 %, Hannover 36,5 %, Berlin 35,0 %, Dresden 35,0 %, Saarbrücken 34,0 %, Köln 33,2 %, Stuttgart 33 %, Frankfurt und Nürnberg mit je 32,5 %, München 29,1 %, Bremen 18,5 %. Von den Maurern, Hilfsarbeitern, Stuckateuren, Fliesenlegern und Bauwerkmeistern hat die Zahl der Arbeitslosen abgenommen; bei allen anderen Berufsgruppen nahm die Zahl noch etwas zu. Maurer waren arbeitslos 65 671 (in der Vorwoche 68 555), Hilfsarbeiter 44 286 (44 635), Erdarbeiter 8411 (8316).

Zahl der Lohnbewegungen war im vergangenen Jahr sehr hoch. Im Arbeiter Vereinsgebiet waren von der ersten Auswertung etwa 800 Kollegen betroffen. War auch für uns das Ergebnis nicht befriedigend, so haben wir doch die Pflicht der Unternehmer aufzuheben gemacht. Die Löhne der Maurer stiegen von 88 S auf 1,06 M, die der Hilfsarbeiter von 72 auf 94 S, die der Stukkateure auf 1,25 M, für Pfeilenleger und Töpfer auf 1,20 M und für die Glaser auf 1 M. Das Jahr 1926 war ein Jahr des Kampfes, ein mühseliges, opferreiches Ringen. Mit Genugtuung stellen wir fest, daß an dem Widerstand der Kollegen die Pläne der Unternehmer gescheitert sind. Wenn alle Kollegen ihren Mann stehen, dann wird es vorwärts gehen, trotz allem!

Vorhausen. (Kommunistische Gewerkschaftsarbeit.) In der Nummer 40 des kommunistischen „Noten Echo“ ist unter dem Titel „Reformistische Bestrebungen“ ein Beitrag zu der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit erschienen: „Laut Weisfuß der Bundestagung des Bauergewerksbundes, gültig vom 1. Januar 1926, erhält jeder Bauarbeiter, der 78 Beitragsmarken geleistet hat, im Falle der Erwerbslosigkeit eine Erwerbslosenunterstützung, je nach Leistung der wöchentlichen Verdienstebeiträge. In Nordhausen zahlen die Bauarbeiter einen wöchentlichen Beitrag von 1,15 M und mühte demnach der betreffende Bauarbeiter, der 78 bis 166 Beiträge geleistet, laut Statut eine Unterstützung von 1,15 M täglich erhalten. Weiter von 166 bis 312 Beiträgen 1,45 M täglich, von 312 bis 620 Beiträgen 1,75 M täglich und von 620 bis 720 Beiträgen und darüber hinaus 2,30 M täglich. Hier werden aber den Kollegen, ganz gleich, wieviel Beiträge sie geleistet haben, nur einbeifache Höhe gezahlt, und zwar nur 1 M täglich oder 6 M wöchentlich. Als sich nun verschiedene Kollegen darüber bei ihrem Vorgesetzten beschwerten, erklärte unser Herr Fritz Müller vom Bauarbeiterverband: „Ja, meine Herren, das gilt nicht.“ Also die Bundesfassung ist in Bezug auf die Erwerbslosenunterstützung für diese Gewerkschaftsführer nicht gültig, obwohl diese ausdrücklich die Sache im einzelnen festlegt. Die Bundesfassung gilt nur für die Beitragszahlung, und wenn es gilt, oppositionelle Kollegen aus dem Verband hinauszuerufen. Dann berufen sich diese reformistischen Gewerkschaftslogen auf die Bundesfassungen, aber wenn es geht, auszahlen, ist dieselbe Bundesfassung ungenügend. Kollegen, laßt Euch Euer Recht nicht nehmen und bekämpft die Vorgesetzten in der bestmöglichen Weise, laßt Euch von solchen Gewerkschaftsführern nicht einschleichen und rüdt ihnen energisch auf den Kopf.“ — Hier ergeht eine scharfe kommunistische Seele empfinden wir allen zum eindringlichen Studium. Wir sind gewiß, daß es eine Verteidigung aller erwerbslosen Bundeskollegen wäre, wenn wir gegen derartige niedrige Anwälte Verwendung einlegen wollten. Dieser Text ist für uns ein Haupt- und Vollstänigkeitselement aus dem Bericht; er richtet auch noch eine Unterhaltungsfrage (über 720 Beiträge) hinan. Daß die Unterhaltungsfrage nach dem Durchschnitts haupt-Fall je ein Beitrag von 1. Vierteljahr 1925 berechnet werden, verweigert er. Von dem Beschluß des Bundesrates, der die Unterhaltungsfrage vom 4. Januar an herabzieht, scheint der gute Mann nichts gehört zu haben. Dieser scharfe Seele war es eben nur um das Verteilende zu tun. Da wir seit dem 2. Januar 1919 nur einen sogenannten Oppositionellen ausgeschlossen haben und dieser allen Kollegen bekannt ist, so dürfte es nicht allzu schwer sein, den Arbeiter dieser Schwärze zu erkennen. Nachgah!, id für ihr laufen!

Zwiesel. (Kommunistische Solidarität.) Beim Wasserleitungsbau der Stadt Zwiesel wurde Mitte Januar der größte Teil der Arbeiter wegen Arbeitsmangels entlassen. Infolge der sehr niedrigen Arbeiterzahl ist nur noch ein Betrieb in Funktion. Dieser Betrieb brachte es fertig, daß sein neugeborener Sohn in den Betrieb aufgenommen wurde, während sich unter den Arbeitslosen Familienmitglieder mit 5 bis 6 Kindern befinden. Man sollte es kaum für möglich halten, daß in der heutigen Zeit noch ein solcher Fall von Egoismus vorkommen kann! Kollege Stadler, wir fragen Dich hier in aller Öffentlichkeit: Wo heißt Dein Solidaritätsgelübde, das Du früher am Wahnsinn tagelänglich den Kollegen gepredigt hast? Bemerkenswerter ist, daß dieser auch Kollege ein früherer Vertreter der M. S. K. (hier: Gewerkschaft mit beschränktem Sinn) ist, und der Organisation seit 1924 den Rücken gekehrt hat, weil in manchen Punkten innerhalb der Organisation eine „Lösung“, wie er sie wünschte, nicht zustande kam.

Aus den Fachgruppen

Betonarbeiter.

Berlin. In unserer Jahresversammlung am 26. Februar gab der Fachgruppenleiter, Kollege M u d e r t, den Jahresbericht. Begünstigt durch den milden Winter setzte die Bauwirtschaft fröhlich ein und hielt bis Ende November an. Mit der Fertigstellung der Arbeiten an den Elektrizitätswerken und den Untergrundbahnstrecken setzte im Dezember die Arbeitslosigkeit ein, so daß am Schluß des Jahres rund 30% der Betonarbeiter arbeitslos waren. Die kritischen Tarifverhandlungen scheiterten an denselben Streitpunkten wie die Fleischarbeiterverhandlungen. Die meisten Streitpunkte drehten sich um die Entlohnung der Hilfsarbeiter. Das Bestreben der Unternehmer ist, den Lohn der Betonarbeiter auf den der Fleischarbeiter herabzubringen. Die Lohnverhandlungen sowie der notwendigen Streit brachte den Facharbeitern eine Lohn-erhöhung von 20 S, die Hilfsarbeitern eine solche von 10 S zu Ende. Die Werksleiter gestaltete sich im vergangenen Jahre wesentlich günstiger; der gegährende Parteistreit verlor immer mehr; das brutale Vorgehen der Unternehmer für den Bund zurückgenommen worden. Das Organisationsverhältnis der Facharbeiter ist gut; bei den Hilfsarbeitern ist aber durch den dauernden Wechsel der Arbeitsstellen noch viel zu wünschen übrig. Die Mitgliederzahl betrug sich wie folgt: 170 Einzelner, 28 Gemeinder, 120 Arbeiter, 12 Familienmitglieder und 200 Hilfsarbeiter. Am Ende wurden 5 verhaftet. Eine erhebliche Anzahl von Streitfällen wurde vom Fachgruppenleiter auf den

Wartellen, vor den Tarifinstanzen und vor dem Gewerbe-gericht erledigt. Eine Firma wurde vom Gewerbegericht wegen Verletzung von 4 Betriebsräten zu 1200 M Lohn-entschädigung und Wiederentstellung verurteilt. In die Fachgruppenleitung wurden gewählt: als Vorsitzender A. M u d e r t, als Stellvertreter Otto Schilling; als Schriftführer Erich Löwenberg, als Stellvertreter Ernst Schmarck und als Beisitzer Erich Grunz und Willi Schmidt. Entgegen der von den Unternehmern herausgegebenen Statistik über die Arbeitszeit im Betonbau-berwerb ist durch Umfrage auf allen größeren Baustellen sowie in der gut besuchten Versammlung selbst, in der bis auf einige Baustellen alle vertreten waren, an Hand von Lohnlisten festgestellt worden, daß fast alle Baustellen die 46 1/2-Stundenwoche einhalten, an 2 Baustellen die 48-Stundenwoche und an keiner Baustelle eine über die 48-Stundenwoche hinausgehende Arbeitszeit besteht. Soweit Berlin in Betracht kommt, ist die Statistik der Unter-nehmer ein illegales Kampfmittel, das aus Aug und Trug besteht. Die Berliner Betonarbeiter haben im Kampfe gegen die Verlängerung der Arbeitszeit ihre Pflicht erfüllt und sind bereit, dies auch in Zukunft zu tun.

Glaser.

Augsburg. Unsere Junungsmeister müssen vom Nach-temmel befallen sein, denn sie haben uns den Tarifvertrag gekündigt. Jetzt unterbreiten sie uns eine neue Vorlage, wonach der Spitzenlohn von 1,15 M auf 95 S herabgesetzt werden soll, was einen wöchentlichen Lohnausfall von 9,60 M bedeuten würde. Die Herren stützen sich dabei auf die niedrigen Löhne der Tischler und wollen uns plausibel machen, daß die Glaser keine Saisonarbeiter seien. Wir werden uns natürlich gegen diese schamlose Zumutung zur Wehr setzen und, wenn es sein muß, auch vor dem letzten Mittel nicht zurückweichen. Die Herren werden uns gewinnend finden!

Hamburg. Die Herren vom 4. März erlaten Bericht besetzt auch hier eine noch nie erlebte Arbeitslosigkeit. Am 4. März waren noch 87 Kollegen in der Beschäftigung. Die „Produktion“ gibt an die Arbeitslosen an zwei Tagen in der Woche Mitteilungen. Auch sollen Brote zur Verteilung kommen. Da am 31. März der Tarifvertrag abläuft, empfahl die Fachgruppenleitung und Lohnkommission, die bisherige Abkommen weiterzuführen zu lassen und in der Ferien- und Befristungsfrage Verbesserungen anzustreben. In der ausführlich erläuterten Kollege G i c h o r n die allgemeine Wirtschaftslage und den geplanten Lohnabbau in den ver- schiedenen Industrien; er unterstützte die Vorschläge der Kommission. Von etlichen Kollegen wurde jedoch eine eigene Lohnpolitik gewünscht und dann beschlossen, auf die bestehenden Löhne einen Zuschlag von 10% zu fordern. Hier- nach wurde die Kollege M a t h i e s e n über die Tarifver- handlungen die großen Kämpfe der Vorjahre und die für Unter- stützungen ausgedehnten Menschenleben machen eine Ver- tragserhöhung nötig. Die Kollegen erkannten diese Maß- nahme an, jedoch sei es nach ihrer Meinung ein Fehler ge- wesen, im Frühjahr 1925 die statutarischen Unterhaltungen einzuführen. Kollege F i e t h berichtete dann von der Ver- treterversammlung der Bauergewerkschaft. Zum Kapitel Hauskassierer wurde angefragt, ob so solchen Ämtern nur Bauarbeiter oder alle Bundesmitglieder zugelassen werden. Im Bauergewerksbund haben natürlich alle Mitglieder gleiches Recht, gleichgültig, welchem Beruf sie angehören. Kollege W l o c h machte auf einige Häuser aufmerksam, die wegen besonderer Gefahr sofort die Anbringung von Schutzvorrich- tungen erfordern. Die Forderungen wurden noch er- wähnt und die Kollegen aufgefordert, ihre volle Schuldigkeit zu tun.

Jollicer.

Hannover. Unsere Jahresversammlung wurde am 28. Februar abgehalten. Kollege Kaufmann gab den Jahresbericht. Trotz der ungewissen schweren Zeit ist es dem Deutschen Bauergewerksbund gelungen, für seine Mit- glieder ganz erhebliche Vorteile zu erringen. In Hannover haben wir den Lohn um 32 S gesteigert. Das ist ein Erfolg, mit dem wir uns sehr lassen können. Kaufmann schloß mit dem Wahnwort: Auch in Zukunft alles für die Organisten, um den Unternehmern jederzeit gerüstet entgegenzutreten zu können! Die Arbeit der Organisations- leitung wurde allgemein anerkannt. Als Fachgruppen- obmann wurde Kaufmann und als Schriftführer M o r t s c h wiedergewählt. Als Stellvertreter Obmann sowie als Delegierter zur Generalfammlung der Bau- gewerkschaft wurde Fritz S c h r ö d e r gewählt. Darauf nahm die Versammlung Stellung zum außerordentlichen Bundesstag. Nach langer und lebhafter Aussprache erklärte sich die Versammlung für die Erhöhung der Beiträge. Hin- sichtlich der Arbeitszeit wird der Bundesstag ersucht, nicht einer Verlängerung zuzustimmen. Dieser keinen Tarif- vertrag, als eine Verlängerung der Arbeitszeit. Die nächste Versammlung wird sich mit dem Ablauf des Reichsarbeits- vertrages beschäftigen müssen. Bis dahin müssen die Kollegen sich über diese Frage klar werden. Die Anschrift des Fachgruppenobmanns ist: Heinrich Kaufmann, Klages- markt 21, 2. Etod, rechts.

Töpfer und deren Hilfsarbeiter.

Bunzlau. (Fenster.) Unsere letzten Versamm- lungen beschäftigten uns hauptsächlich mit Tariffragen. Wir dem haben wir einen Antrag für besondere Zuschläge. Dieser wurde uns am 1. Januar gefolgt. Nach wiederholten Verhandlungen ist es uns gelungen, den Nachtrag mit einigen Änderungen zu erhalten. Auch bei uns finden die Unternehmer am Tarif zu rütteln. Geldmangel, Konkurrenz und Zahlungsunwilligkeiten sind ihre Schlagwörter. Nur durch festes Zusammenhalten wird es uns möglich sein, alle Schwierigkeiten zu überwinden. In den Gellenausschuss und Teilnehmer gewählt worden. Auswärtige Kollegen, die in Arbeit treten wollen, werden gebeten, sich vorher im Verbandsbureau in „Kositz“ zu melden. Dresden. Am 21. Februar hielt unsere Fachgruppe ihre sehr gut besetzte Jahresversammlung ab. Der Ob- mann, Kollege S c h r o t t, berichtete über die am 21. Fe- bruar stattgefundene Vertreterversammlung. Dann gab er den Jahresbericht. Das vergangene Jahr war ein Lohn-

kampfsjahr. Nur durch festes Zusammenhalten der Kollegen und tatkräftiges Arbeiten der Lohnkommission kam ein einigermaßen guter Tarifabschluß zustande. Die Arbeits- losenheit war nur zeitweise zuzufriedenstellend; zur Zeit ist sie sehr klein. Alle Versammlungen und Veranstaltungen waren gut, teilweise sehr gut besucht. In die Fachgruppen- leitung wurden Gustav Bandelt, Dresden-St., Annaburger Straße 2, 1. Et., als Obmann, Oskar Popstod als Stell- vertreter, H. Götter als Schriftführer und A. Besjel als dessen Stellvertreter gewählt. Gehtigt wurde, daß der Kollege E. Gul aus Brombitz bei Meissen, obwohl er nicht der frühere Kollege Bernhard Jack, jetzt Hausbesitzer und Metallarbeiter in Neucoswig, unterstützt. Durch ein solch bemerkenswertes Gebaren werden die organisierten Kollegen, die jetzt zahl- reich arbeitslos sind, sehr gefördert. Von den reichlich 400 Mitgliedern unserer Fachgruppe haben wir 5 Mitglieder durch den Tod verloren.

Friedrichshof i. Baden. Wegen der geplanten Abgabe hat der Schlichtungsausschuß am 15. Februar einen Spruch gefällt, nach dem es heißt: „1. Zur Zeitlohnfrage: Der Lohnstand, wie er bis 15. August 1925 tarifvertraglich galt und in der darauffolgenden Zeit ohne tarifvertragliche Bindung stillschweigend weitergeführt wurde, wird von neuem in Geltung gesetzt. 2. Zur Arbeitslohnfrage: Die Beschäftigung ist berechtigt, ihr in dem Schreiben an den Fa- brikarbeitsrat vom 22. Januar 1926, Absatz 2, ange- kündigte Vorgehen auf kostenfreie Herabsetzung der gelte- nden Arbeitslöhne bis zu 10% zur Durchführung zu bringen; jedoch dürfen durch diese Herabsetzung der Arbeitslöhne die Löhne der Arbeiter nicht unter 20% des früheren Lohnstandes sinken. 3. Obige Regelung tritt mit dem Beginn der nächsten Lohnwoche in Kraft und gilt bis ein- schließlich der Ende Mai 1926 laufenden Lohnwoche. Von da ab gilt sie je einen Monat lauten, wenn sie nicht spätestens am 15. auf Monatsende (erstmal am 15. Mai auf Ende Mai) gekündigt worden ist. Dieser Spruch ist am 6. März von dem Oberprüfer für Baden als verbindlich erklärt worden.“

Wien. Die am 8. März stattgefundene Fachgruppen- versammlung nahm neben einem Vortrag über die Bedeu- tung des Volkswirtschafts auch den Bericht von der Ofen- formkonferenz entgegen. In der Aussprache wurde das Ergebnis der Konferenz eingehend gewürdigt. Alle Kollegen waren von dem einstimmigen Aufschluß, daß die Interessen der Arbeiter am besten im Bauergewerksbund gewahrt werden; sie schienen ganz entschieden ab, nun wieder einem andern Ver- band anzugehören zu werden. Differenzen mit der „Wopag“ fanden dadurch ihre Erleuchtung, da mit der Direktion das Einverständnis erzielt wurde, das mit der Direktion der Betriebsrat vorzunehmen. Anfragen wegen Arbeit sind daher nur an M. G r a f f, Birna-Göb, Altmühlstraße 7, zu richten. Kollegen, deren Buch nicht vollständig in Ord- nung ist, haben keine Aufsicht auf Beschäftigung.

Meinrad-Beckham. Wie im großen Bauergewerbe haben auch die Ofenhermeister des Bezirks den Lohnantrag zum 31. März gefolgt.

Schweidnitz. Die Firma M. W e i s e n b e r g sucht in verschiedenen Zeitungen Töpfer und Ofenher. In Wirk- lichkeit hat sie fälschlich Leute entlassen. Die entlassenen Kollegen will man aber nicht wieder einstellen. Folglich müssen wir die auswärtigen Kollegen vor dieser Firma warnen; auf alle Fälle hat jeder die Pflicht, sich vorher im Bureau der Bauergewerkschaft, Gerberstr. 20, nach den Verhältnissen zu erkundigen. Solange wir hier noch arbeitslose Kollegen haben, ist Schweidnitz strengstens zu meiden.

Stolz i. Kammern. Zu welchen Mitteln die Inter- nehmer greifen, um unsere Kollegen die Arbeitslosigkeit zu billieren, davon gibt nachstehendes Schriftstück Kenntnis: „Herrn D. Jarke! Hierdurch fordere ich Sie nochmals auf, die angefangenen Miesarbeiten fertigzustellen. Da diese Arbeiten mit unsern Tarifvereinbarungen absolut nichts zu tun haben, sondern ich Ihnen dadurch nur eine wirtschaft- liche Unterhaltung zumuten lassen wollte, steht Ihnen auch kein Recht zu, dieses abzulehnen. Sollten die Arbeiten morgen fertig nicht aufgenommen sein, so werde ich selbst- verständlich dafür sorgen, daß Ihnen die Arbeitslosenunter- stützung vollkommen entzogen wird, da ich sowie der Arbeits- nachsorge annehmen müssen, daß Sie einer entsprechenden Ablegen. Ihre Arbeit, Fremdschäft.“ Weil die Ofen- her bei dieser Arbeit nicht auf den Stundenlohn kommen konnten, und nicht zu Lohnabbau werden wollten, ver- weigerten sie die Arbeit. Nun sollen sie auf diese Weise dazu gezwungen werden. Unsere Kollegen haben die Aus- führung der Arbeit trotz solcher Drohungen abgelehnt.

Stuttgart. Inzwischen an unsern Bericht in Nr. 8 des „Grundstein“ über den Lohnabbau können wir heute berichten, daß eine Verhandlung resultatlos beendeten ist. Die Unter- nehmer erklären recht ähnhlich, der von ihnen vorgeschlagene Tarif sei nur zum Vorteil der Ofenher. Der „Kortel“ hat darin, daß die Unternehmer den Stundenlohn um 10% und die Auslösesätze um 2 M kürzen wollen. Nachdem unsere Vertreter diese „Wollstatten“ in der Verhandlung ener- gisch zurückgewiesen, erlaubten sich die Herren, mit allerhand Großheiten den „Gegenbeweis“ zu führen, worauf unsere Kollegen auf weiteres Verhandeln verzichteten. Wir werden den Herren zu geeigneter Zeit vor Augen führen, wie sie selbst ihre eigenen Interessen schädigen. Vor Zugang wird gewarnt!

Zähligen, selbständigen Ofenher für Landhandwerk (siehe sofort. Karl Schöcher, Töpfermeister, Belgien an der Glö.

Internationale Bauarbeiterbewegung

Bauarbeiterverband der Schweiz. (Streik dor Zimmerleute in Zürich.) Die Zimmerleute in Zürich haben am 5. März einmütig die Arbeit ein- gestellt. Die Zimmermeister planen eine Vorschlichterung der Lohnverhältnisse. Die Arbeitsruhe ist allgemein. Am Streik sind 80 Zimmerleute beteiligt. Der Platz Zürich, ebenso die Arbeitsplätze ausserhalb Zürichs, sind für Zimmerleute gesperrt. Sporrebrecher werden als Streikbrecher behandelt. Der Zentralvorstand.

Allgemeine Rundschau

„Mietenerhöhungen bei einer Baugewerkschaft.“ Unter dieser Überschrift ist in den letzten Tagen eine Meldung durch die Presse gegangen, wonach in Götting sich ein gewisser G e n r i c h, Geschäftsführer einer „Baugewerkschaft“ durch Forderungen von Preissteigerungen große Aufmerksamkeit erregt hat. Da in den Preisermittlungen von „Baugewerkschaft“ die Rede ist, könnte leicht ein Mißverständnis dahingehend entstehen, daß eine Baugewerkschaft unseres Bundes in Betracht kommt. Wir stellen deshalb an dieser Stelle fest, daß dies nicht der Fall ist. Bei den gemeldeten Mietenerhöhungen handelt es sich um den Geschäftsführer einer christlichen Bauhütte, die den Namen „Baugewerkschaft“ führt. Der Geschäftsführer dieser Bauhütte hat im Verein mit dem ebenfalls genannten Stadtbauverordneten K r e t z, Vorsitzender des städtischen Arbeitsnachteils, jene Mietenerhöhungen ausgeübt. Unser Bund hat mit beiden nichts zu tun, sie sind auch nicht unsere Mitglieder, sondern — wie uns mitgeteilt wird — „Ittamer Zentrumsleute“.

In Württemberg 120 % Vorkriegsmiete. Der wädrer Schwabe forcht sich nit, so könnte man ausfragen, wenn man die Einstellung der derzeitigen Regierung in Württemberg zur Wohnungsfrage beobachtet. Dort wurden die Wohnungsangelegenheiten am ehesten gelöst. Und jetzt kündigt der Innenminister Holz, übrigens ein Zentrumsmann, der sich in starken Gegensätzen zu seinem Parteifreund G i r t t e r, Wohnungsminister in Preußen, bewegt, an, daß vom 1. April an mit einem Mietsatz von 120 % der Vorkriegsmiete zu rechnen sei. Angehängt hat man mit der Freigabe von Einzelimmern gute Erfahrungen gemacht. Die wirtschaftliche Not werde, so rechnet der Minister, die Hausbesitzer zwingen, in der Bekämpfung der Mietsen Maß zu halten. Der abtunngslose Engell Das Schwabland hat das Vertrauen auf einem Gebiete voranzugehen, und dazu hat es sich die Wohnungswirtschaft ausgesprochen.

Enge Verbindung zwischen Großindustrie und Landwirtschaft. Der Zweidverband nordwestlicher Wirtschaftsbereichen vermittelt eine enge Verbindung zwischen dem Bergbaulichen Verein, der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und den Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebietes mit der pommerischen, mecklenburgischen und mairischen Landwirtschaft und der Hauptlandwirtschaftskammer. Angehängt „um die Landwirtschaft mit den Bedürfnissen, den Absatzverhältnissen und der ganzen Marktlage des Ruhrgebietes als eines der Hauptverbrauchsgebiete bekanntzumachen“. Eine kleine Kommission von Landwirten war bereits im Dezember im Ruhrgebiet, wo die Möglichkeiten der aufzunehmenden Arbeit festgestellt wurden“. Anfangs März folgte eine größere Zahl von oberirdischen Großgrundbesitzern. Auf einer dreitägigen Tagung wurden die Verbindungen unter der Führung der „Essener Industrie- und Handelskammer“ enger geknüpft. — Es hat sich seit der Vorkriegszeit doch manches geändert. Auch damals standen sich die Getreide von Art und Palm und die von Kohle und Eisen in sozial- und handelspolitischen Fragen ziemlich nahe. Zu den engen Beziehungenpunkten kam es jedoch immerhin nicht. Die Kräftezusammenfassung auf der Gegendseite macht jedenfalls, wie man sieht, erhebliche Fortschritte. Großindustrie und Landwirtschaft verbindet sich, da dürfen Industrie- und Landarbeiter nicht zurücksehen.

Konkurse im Februar. Die Zahl der Konkurse ist im Februar etwas zurückgegangen. Nach Feststellungen der „Frankf. Ztg.“ bewegten sich die Ziffern über die Konkurse und Geschäftsausschichten in den letzten Monaten:

Table with 3 columns: Konkurse, Februar, Januar, 4. Quartal. Rows: Konkurse, Geschäftsausschichten.

Die Konkurse hätten also um rund 100 abgenommen, während die Geschäftsausschichten sich noch um eine Kleinigkeit vermehrt hätten. Es ist natürlich abwegig, hierin bereits ein Anzeichen der Besserung des wirtschaftlichen Lebens zu sehen. Das Nachfragen der Konkurse war besonders in der zweiten Monatshälfte zu beobachten.

Die Innungen als Preisstreiber und Feinde des Preisabbaues. In dem Kampf der Landespreisprüfungsstellen gegen die überhöhten Preise geht es am meisten bei den Innungen hart her. Die Innungen scheinen sich immer mehr als Feinde jedes Preisabbaues zu entpuppen. Hierfür einige Beispiele: Die Mitglieder des Provinzialverbandes der Brandenburgischen Schmiedekinnungen sind durch die Erhöhungen verpflichtet, nur nach dem Tarif der Innung zu arbeiten. Dafür hat jedes Mitglied einen Zuschuß von 800 M. auszuführen, der bei Tarifunterbrechung pauschal wird. Ein Vertrag mit den Eisenhändlern zwingt letztere, nur an Schmiedemeister zu verkaufen, die Mitglied der Innung sind. Auch die Stellmacher sind laut Vertrag verpflichtet, nur mit Innungsmitgliedern zusammenzuarbeiten. Söber gehts wohl nicht, demnach kommt es noch besser: Ein Kaufhaus Berlins unterhält ein photographisches Atelier. Die Mitgliedschaft bei der Photographieinnung ist die Folge. Der öffentliche Ausgang der Preise wurde dem Warenhaus verboten, weil sie niedriger waren. Das Warenhaus wandte sich an den Magistrat. Dabei wurden von dem Kaufhaus Kalkulationen vorgelegt, daß es auf seine Herstellungskosten bereits 180 bis 800 % aufgeschlagen habe. Die Mietspreise der Innung hätten einen Aufschlag von 700 % auf die Herstellungskosten notwendig gemacht. Der Bezirksausschuß gab der Beschwerde der Innung recht und verurteilte das Warenhaus zur Konventionalstrafe an die Innung und zur Ertragung der Rechtskosten. Man sagt sich unmittelbar an den Kopf, wie so etwas im Zeitalter des Preisabbaues möglich ist. Waderpreise, Preisbindung und eine Verbote wie der Bezirksausschuß in einer Einzel Sache noch einen Fall. In Essen hatten zwei Schuhmachermeister die Mietspreise um 35 % herabgesetzt. Die Innung forderte die Wiedereinstellung der Preise auf den Schaufeln. Die beiden Schuhmachermeister hingen hart der Preisstapel das Schreiben der Innung ins Fenster und stießen bei den Preisen. Das Landgericht Essen als Berufungsinstanz gab erstens-

licheweise den beiden Schuhmachermeistern recht und folgte nicht den Methoden des Brandenburgischen Bezirksausschusses. — Die Handwerker hatten auf ihrer Reichstagsung mit einer Art Revolution gekämpft, wenn die Preisstreibererhöhung nicht zurückgezogen würde. Wie notwendig diese ist, sieht man an obigen Beispielen. Die Kleinen entscheiden sich zu größeren Ausbeuten als die Großen.

Berufliche Fortbildung für Samburger Maurer. Streckhansen Samburger Maurern ist Gelegenheit gegeben, sich in ihren freien Stunden beruflich weiterzubilden durch die an der Siemens Gewerbe-Akademie, Hamburg, Steinbamm 81, bestehenden technischen Abendkurse, die es ermöglichen, sich ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit in Theorie, Praxis und Entwurf auszubilden. In der Abteilung Hochbau wird unterrichtet über Solgkonstruktionen, Steinfontstruktionen, Gewölbebau, Entwerfen von Etagenhäusern, Geschäftsbau, Beamten- und Einfamilienhäusern, öffentlichen Gebäuden, über Veranschlagungen und Ausführung, Eisenbetonbau u. d. Der Unterricht ist viermal wöchentlich abends. Er besteht aus Vorträgen und Konstruktionsübungen, in denen Entwürfe in der von der Praxis geforderten Art angefertigt werden; er wird von Versicherungsgesellschaften und Bankiersen erteilt, die Hochschulbildung, langjährige Praxis und Berufserfahrung haben. Das neue Unterrichtsabjahr beginnt gegen Mitte

Für die Woche vom 14. bis 20. März ist der 12. Bundesbeitrag für 1926 zu zahlen.

April. Programme und Auskünfte täglich abends von 6 bis 8 Uhr in der Lehranstalt Steinbamm 81. In Anbetracht der hohen Bedeutung, die eine gute theoretische und zeichnerische Ausbildung im Verein mit praktischer Erfahrung für das Berufswesen hat, sei auf diese Lehranstalt besonders hingewiesen.

Soziallaffen in England und in Deutschland. Die im Januar 1926 in Kraft getretene Alters- und Hinterbliebenenversicherung Großbritanniens ist im Gegensatz zur deutschen Alters-, Hinterbliebenen- und Hinterbliebenenversicherung den Kranken und Invaliden erteilt. Jeder in die Krankenversicherung Einbezogene ist auch dieser neuen Alters- und Hinterbliebenenversicherung unterstellt. Die Sozialversicherungsbeiträge, das heißt die Beiträge für die Arbeitslosen-, Kranken- und Pensionsversicherung, belasten den englischen Arbeiter jährlich mit 140 M., während auf den Kopf des deutschen Beschäftigten im Jahre nur 100 M. an Sozialversicherungsbeiträgen entfallen. Der Zuschuß, den der englische Staat zur Altersversicherung leistet, beträgt 20 Millionen Pfund, das heißt etwa 400 Millionen Mark, während das Deutsche Reich 1925 nur 192 Millionen Mark zur Alters- und Hinterbliebenenversicherung beisteuerte. Das heißt, der englische Staat leistet für den einzelnen Versicherten etwa dreimal so viel Altersrentenbeiträge als das Deutsche Reich. Auch die Beiträge für den englischen Altersversicherung sind höher, die Altersrente jedoch bei Witwenrenten betragen 10 Schilling, das heißt etwa 10 M. wöchentlich gegenüber 25 M. Monatsrente in Deutschland.

Stärke der russischen Gewerkschaften. Auf der in Moskau abgehaltenen Sitzung des Zentralrates der russischen Gewerkschaften teilte S t r e t z a u o g a b o w mit, daß die Gewerkschaften der Sowjetunion jetzt 7 800 000 Mitglieder zählen. Die Mitgliederzahl dieser Verbände nahm sehr rasch zu. So hat der Bauarbeiterverband in einem Jahre einen Mitgliederzuwachs von 70 %, der Landarbeiterverband einen solchen von 40 %. Der Arbeitslohn hat im ersten Halbjahr 1925 um 24 % zugenommen, im zweiten Halbjahr ist er stabil geblieben. Die Reallohne haben die Vorkriegshöhe noch nicht erreicht. In der Großindustrie erreichen die Löhne 96 % der Vorkriegshöhe. Nach Tomsk betrug der Prozentsatz der organisierten Arbeiter am 1. Januar vorigen Jahres 90,1 % und am 1. April 89,3 %. Am 1. Januar 1926 gab es 600 000 nichtorganisierte Arbeiter, am 1. Januar 1925 870 000. (1) Trotzdem die angeführten Prozentzahlen sehr hoch sind, sagt Tomsk in seinem Referat in diesem Zusammenhang: „Die Arbeiter wissen, daß die Gewerkschaften noch nicht imstande sind, die Ansprüche der fortgeschrittensten Arbeitergruppen zu befriedigen und diejenigen der anderen Kategorien anzupassen, das heißt, daß es ihnen noch nicht gelingt, die Arbeiter in elementarer Weise anzuziehen und zu erhalten.“

Bücher und Schriften

Jugendführer. Mitteilungen für die Leiter der Jugendvereine der Gewerkschaften. Berlin. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis für ein Brevierjahr 50 M. Die März-Ausgabe stellt in Zusammenhang mit den allgemeinen Jugendführerungen die Frage des hauswirtschaftlichen Jahres für die Mädchen und die der Erhöhung des Stundenlohnes für die gesamte Jugend zur grundsätzlichen Erörterung. Ferner enthält das Werk Verhandlungen über die Stellung der Jugend in der Arbeitgeber-, Berufsberatung, Ausbildungsstellen, organisatorische Fragen sowie Berichte aus der praktischen Arbeit.

Fürstenabstimmung? Von Kurt Schmitt. Ein Vorschlag zum Volksentscheid über die Zusammensetzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin S. 14. Preis 70 M. Organisationspreis 50 M. Diese Schrift möchte allen denen in die Hand gebracht werden, die auch in Zukunft vertretungen, wenn den abgedankten Monarchen und deren Familien aus nur ein Bruchteil ihrer amahenden Ansprüche bewilligt würde, die sie zu größtem Teil auf die Gewerkschaften übertragen werden und sich in Form ungeschämter angelegener Opfer bestehen. Diese Broschüre ist ein sehr gutes Werbemittel für den Volksentscheid.

Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 50 M. Diese Schrift enthält die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung der Gewerkschaften, die Schrift ist unserer Spitzenverbände gegen die Beschränkung der Unternehmensgewinne ist innummer als Broschüre erschienen. Sie verfaßt den deutschen Arbeiter und die deutsche Wirtschaft und deutsche Politik verantwortlichen Stellen bereit zu weisen, auf denen die Bekämpfung der deutschen Wirtschaft beschränkt und gefördert werden kann. Sie verdient das Interesse der deutschen Arbeiter und der deutschen Wirtschaft. Ergebnisse und Erkenntnisse von Freiherr von Schöndorf, Generalmajor a. D. 214 S. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Grünow. Preis broschiert 4 M., in Ganzleinen 5,50 M. Dieses Lebenserinnerungsbuch des Reichspräsidenten Friedrich Ebert, die letzten Jahre seines Lebens für die Republik gemachten Erfahrungen, heutigen Verhältnissen und demnach, ist ein wertvolles Buch, besonders angelegener Art. Angehängt von allen durch die vorbildliche und lehrreiche Kritik, die der Verfasser an

sich selbst und an der Klasse übt, der er bis zum Zusammenbruch angehört. Schöndorf ist ein typisches Opfer der Erziehungsmethoden der bürgerlich-liberalistischen Gesellschaftsordnung, die allein nur föhla ist. Erden wie Millionen der Friedlichen, Schuldbarf und viele andere wirtschafts- und nationale Gefühle hochzubehalten. Dies System nur war auch in der Lage, den moralisch-ethischen Geboten die Untertanen zu lehren, die sie für ihren Maßstab brauchten. Viele Untertanen, aber noch lange nicht genug, sind lebend geworden. Noch viel weniger haben den Mut gefunden, Rebellion, wirtschaftliche und persönliche Vorteile zu offen und sich öffentlich zu bekennen. Eine dieser wenigen ist dieser vorzügliche General, der heute als Führer und Schriftsteller für Demokratie, Republik und Arbeiterleben wirkt. Sein Buch kann nur empfohlen werden.

Ein Muster der Arbeiterbewegung. Warum nicht Muster? Wer seine Kinder den Arbeiterberufen erlernen lassen will, sollte es nicht tun, ohne diese beiden kleinen Schriften gelesen zu haben. Sie sind zu haben beim Deutschen Arbeiterverband, Berlin S. 11, Bernburgerstraße 31.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Ausgeschlossen sind auf Grund § 16 der Bundesstatuten von der Baugewerkschaft G e l e n d i e n: Adolf Albrecht, Maurer, geb. 24. 10. 96 in Widdigsholde (972 888), August Albrecht, Maurer, geb. 4. 4. 87 in Selgenau (885 888), Fritz Bahr, geb. 28. 10. 96 (823 888), von der Baugewerkschaft S a r l s r u h e: Daniel Müller, Maurer, geb. 17. 8. 80 in Hünningen (803 220), von der Baugewerkschaft B r u n a: Alois Berthold, Maurer, geb. 21. 12. 76 in Riebelhof (885 789), Fern. Bischer, Maurer, geb. 18. 6. 75 in Struppen (67 912), Franz Grolms, Maurer, geb. 30. 6. 65 in Starow (924 068), Emil Gührner, Maurer, geb. 11. 4. 93 in Zährndorf (880 884), Martin Heilfort, Maurer, geb. 28. 2. 98 in Raundorf (711 051), Wilh. Heugl, Maurer, geb. 10. 4. 71 in Raßten (848 699), Paul Kästch, Maurer, geb. 30. 4. 76 in Königstein (67 714), Emil Leuschke, Maurer, geb. 16. 2. 66 in Götzig (885 726), Georg Richter, Maurer, geb. 31. 8. 95 in Struppen (848 677), Ernst Richter, Maurer, geb. 1. 4. 90 in Raum (654 848), Gust. Richter, Hilfsarb., geb. 7. 6. 84 in Neustruppen (67 700), Otto Dertel, Hilfsarb., geb. 25. 7. 69 in Neustruppen (67 856).

Vom 2. bis 8. März haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkassa geleandt: Altdorf 50 M., Anklam 100, Burg 6, Magdeburg 300, Waderow 100, Wann 160, Weychewitz 100, Wier 300, Wödmum 1000, Gürtin 400, Biers 200, Gerswalde 60, Hamburg, Biegit 177, Raage 50, Mindeheim 150, Mainz 1000, Nordern 800, Neudamm 70, Röhndorf 100, Reisterwitz 20, Radensdorf 150, Straußberg 55, Trebnitz 200, Ueterow 200, Weiba 154.

Kalender: Auerbach 18,75 M., Augsburg 231,30, Döbeln 33,75, Eberswalde 7,50, Flensburg 7,50, Grefenhausen 7,50, Gütow 6,25, Hamm 75, Meißen 75, Nordern 22,50, Reisterwitz 1,50, Reddinghausen 75, Streßen 22,50, Schwedt 15, Ueterow 4,50, Weiba 7,50, Zittau 225.

Unterlagen: Wödmum 40 M., Eberswalde 4, Flensburg 10, Neumünster 10, Reddinghausen 20, Markenmappe: Nordern 1,25, Neumünster 6,25, Streßen 1,25.

Bundesnadeln: Augsburg 50 M., Wödmum 150, Waderow 10, Götzig 10, Königsee 5, Nordern 2,50, Weiba 25, Verschiedene Schriften: Berlin 10 M., Wödmum 4,50, Flensburg 2.

Gedenktafel verstorbenen Mitglieder.

- Annaberg. (Schlettau) A. Benedikt Maurer, 59 J. Augsburg. Josef Eder, Hilfsarbeiter, 59 Jahre alt. Bernburg. Gottlieb Haldorf, Hilfsarb., 59 Jahre alt. Borsdorf. August Löbel, Maurer, 78 Jahre alt. Hermann Meißel, Maurer, 56 Jahre alt. Chemnitz. (Bräunsdorf) E. O. Keller, Maurer, 68 J. Dresden. Emil Krause, Zöfner, 66 Jahre alt. Robert Michael, Hilfsarbeiter, 60 Jahre alt. Frankfurt a. M. (Widel) Phil. Winter, Hilfsarb., 51 J. (Giegenheim) Joh. Val. Dahinten, Maurer, 44 Jahre alt. Jülich. Albert Hiltensperger, Hilfsarb., 22 Jahre alt. Oera. Louis Patschger, Maurer, 66 Jahre alt. Goslar. Karl Fricke, Maurer, 56 Jahre alt. (Salzgitter) Eduard Benhard, Maurer, 49 Jahre alt. Grünenthal. (Proßigella) Rud. Reichensbacher, 24 J. Hamburg. Hermann Fischer, Hilfsarb., 69 Jahre alt. Hof. (Münchberg) Gonr. Benker, Hilfsarb., 76 Jahre alt. Kiel. Otto Schossow, Maurer, 51 Jahre alt. Köln. Kasper Gatt, Maurer, 65 Jahre alt. Heimb. Müller, Zöfner, 69 Jahre alt. Kronach. (Großschlach) Heinar Kern, Maurer, 67 J. (Rauenstein) Karl Müller, Maurer, 85 Jahre alt. Leiszig. Franz Müller, Hilfsarbeiter, 65 Jahre alt. (Borsdorf) Gustav Wagner, Hilfsarb., 78 Jahre alt. Lützenburg. Johannes Evers, Hilfsarb., 41 Jahre alt. Magdeburg. Friedr. Meinocke, Maurer, 72 Jahre alt. (Ovenstedt) Gustav Branne, Maurer, 78 Jahre alt. Mainz. Peter Schöneck, Maurer, 67 Jahre alt. Johann Knödel, Maurer, 67 Jahre alt. Merzburg. (Eich) L. Lautenschlager, Maurer, 53 J. Mittweida. (Geringim) Rich. Nitzsche, Maurer, 58 J. Neustrelitz. (Strelitz-Wal) Carl Schultz, Maurer, 63 J. Nürnberg. Anton Wäl, Statutar, 45 Jahre alt. Penig. Emil Blumstengel, Maurer, 67 Jahre alt. Penig. Theodor Eiselo, Maurer, 71 Jahre alt. Ziegen. (Belgen) Edm. Meißel, Maurer, 62 Jahre alt. Wittenberg. Franz Schlosser, Maurer, 51 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken!

Breslau. Generungs- und Schornsteinmurer Mitgliederversammlung am 1. Oktober, 4. April, Sonntag am Gewerkschaftshaus zur Beteiligung am Unions- und Gewerkschaftsbund. Vollständiges Ergebnis erwartet Der Vorstand. A. A.: Philipp Schulz.

Gewesberg a. Unig. Am Sonntag, 21. März, 2 Uhr nachmittags, 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 5. Diesmal wird endlich einmal vollständiges Ergebnis erwartet Der Vorstand. A. A.: Philipp Schulz.

Johann Hüter, Maurer, geb. am 1. Oktober 1880 in Ober-... (Text is partially obscured)

Achtung!

Bauarbeiter!

Achtung!

Pflicht der organisierten Bauarbeiterschaft ist es, sich außer in der Pflichtkrankentasse auch in der

Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter Deutschlands

gegen Krankheit und Sterbefall zu versichern. Damit schützt jeder sich und seine Angehörigen in solchen Fällen vor ärgster wirtschaftlicher Not. Gewiß, es ist schwer, bei den schlechten Zeiten den Beitrag zu erörtern. Aber bedenkt, daß eure Angehörigen im Krankheits- oder Sterbefall des Ernährers nur ein geringes oder gar kein Einkommen haben! Wir treten mit unserer Aufforderung an Euch deshalb heran, weil die Pflichtkrankentassen bei weitem noch nicht das leisten, was nötig ist. Gerade die baugewerblichen Arbeiter müssen es am stärksten fühlen, wenn sie im Sommerhalbjahr bei leblichem Einkommen den weitaus größten Teil des Jahres hohe Beiträge zahlen und in der ungunstigen Jahreszeit, bei Kurzarbeit usw., nur so viel an Krankengeld erhalten, als sich aus der Berechnung der letzten Beitragswochen ergibt.

Die Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter Deutschlands wurde im Jahre 1877 von Bauarbeitern gegründet, wird von diesen getragen und verwaltet.

Die Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter Deutschlands hat nicht das Bestreben, große Vermögen anzuhäufen, (außer dem gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds), um damit kapitalistische Unternehmungen zu finan-

zieren, wie dies auf andere private Versicherungen zutrifft; sie verwendet alles nur für die durch Krankheit und Sterbefall in wirtschaftliche Not geratenen Mitglieder.

In der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter Deutschlands haben — wie sich aus den Satzungen ergibt, nur die Mitglieder das Recht, in ihrer selbstgewählten Generalversammlung über die Höhe der Beiträge und Leistungen zu beschließen.

In der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter Deutschlands sind die Beitragsleistungen und Unterfügungen nach Klassen eingeteilt. Sie betragen vom 1. März 1926 an:

Wöchentlicher Beitrag	Krankengeld	Sterbegeld
1. Klasse 70 %	1. Klasse 1,75 M. täglich, 10,50 M. wöchentl.	1. Klasse bis 100 M.
2. " 60 "	2. " 1,50 " " 9, " "	2. " " 80 "
3. " 50 "	3. " 1,25 " " 7,50 " "	3. " " 60 "
4. " 40 "	4. " 1, " " 6, " "	4. " " 40 "

Das Beitragsgeld beträgt 1 M. Jeder Kollege wird bis zu seinem 50. Lebensjahre aufgenommen.

Wohnen an einem Orte im Umkreise von 6 km mehr als 20 Mitglieder, so kann vom Vorstand eine Verwaltungsstelle errichtet werden; sind es weniger, so melden sich die Mitglieder bei der Hauptkasse als Einzelmitglieder an. Weitere Auskünfte werden jederzeit gern vom Vorstand gegeben, auch steht jedes benötigte Material zur Verfügung.

Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ (Zuschußkasse).

Hamburg 25, Wallstraße 1, I.

Der Vorstand. J. U.: U. Beeg.

Käse ←

postfrei ins Haus

Kugelhäse, Edamer Form, 2 Köpfe, ca. 9 $\frac{1}{2}$ M. 4,95

Tafelhäse, Broiform, 2 Stück, ca. 9 $\frac{1}{2}$ M. 4,95

Zurücknahme, wenn nicht gefällt. Preisliste über weitere Lebensmittel kostenlos.

Gustav Westphal,
Altona 114, Hamburg.

Schweinsköpfe

mit dicker durchwachsender fleisch. Backe, 9 $\frac{1}{2}$ Postkoll. M. 5,75, 9 $\frac{1}{2}$ Euter-Rauchfleisch M. 5,85, 9 $\frac{1}{2}$ Schweinekleinfleisch M. 4,20.

Käse

9 $\frac{1}{2}$ gelb. Brod. M. 3,95, 9 $\frac{1}{2}$ rote Kugel M. 3,95, 9 $\frac{1}{2}$ Edam. M. 7,90, 9 $\frac{1}{2}$ dän. Schweizer M. 9,90 ab Norderl. Nachnahme.

Carl Ramm,
Norderl. (H.) Nr. 22 b.

Louis Mosberg, Bielefeld

gegründet 1888

Spezialfabrik für Berufs- u. Sportkleidung — Fäbänder — Fecht- u. Wasserwagen — Mauserketten

Wenn am Platze nicht vertreten, Versand ab Bielefeld.

Preisliste gratis

DIE ZWÖLF HAUPTURSACHEN DER LEISTUNGSFÄHIGKEIT DER CIGARETTENFABRIKEN REEMTSMA A.-G.

1

№ 12

DER WILLE ZUR QUALITÄT



Unverändert in Preis u. Güte!

53

Constantin Cigarette

ACO

SILBER

Sprechmaschinen!

monatliche Raten von 5.- Mk. an

12. Marken - Schallplatten

nach Ihrer Wahl, 26 cm doppelteilig in elegantem Album zum Originalpreis

Monatliche Raten 8 Mark

Kompl. Radio-Stationen

zu besonders günstigen Bedingungen

Verlangen Sie kostenlos Illust. Prospekt u. Bedingungen

Deutsche Funkteleon-Vermietungs-Gesellschaft, m. b. H.

Zentral-Anstellung:

Berlin S 42, Ritterstrasse 11, Uhlandstr. 27, Chausseestr. 50, Montplatz 2989, 2990, 2991, 2992, 2993

Billige böhm. Bettfedern

Das Ailo grüne geschlossene 3 M., halbweiß 4 M., weiß 5 M., bessere 6 M., 7 M., daunenweich 8 M., 10 M., beste Sorte 12 M., 14 M., weiß ungechlissen 7,50 M., 9,50 M., beste Sorte 11 M. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 9 bei Pilsen, Böhmen.

Hoh. Einkommen

kaufe o. nebenberuflich b. Übernahme einer Veranbaltete. „Estru“

Salle a. d. S. 15.

Heimarbeit

verleiht B. Dofster, Breslau 90.

Manchester

prima Zwirnware, pro Meter 2,95 M.

Manchesterhosen

taffel. gerbr., prima Zwirnware, Farba-, Wunsch, Dreiltasch. (Größenangabe) pro Stück nur 9,50 M.

Behtfarbige Blauluchhosen

3,90 4,10 4,95 M.

Blauluchjacken

(Coppes) 3,85 4,20 6,05 M. sowie sämtl. Textilwaren konkurrenzlos

Rücknahmegar.

b. Nichtgefallen. Verlang. Sie kostenlos Preisliste und Muster. Von 20 M. an franko (Nachn.).

H. Krogmann,
Norderl. H. Nr. 663.

Gar. reinf. Honig

Linden-Blüten-allerlet. Qual., hell, arom., 10 $\frac{1}{2}$ Postdose M. 12,60 frei Hans Nachnahme. Imkerl. Röhmers, Quickborn, Holst. 157.

Wichtig für jedermann!

Rote Kugelhäse

2Kug. — 9 $\frac{1}{2}$ M. 3,95, 9 $\frac{1}{2}$ rote Tafelh. M. 3,95, 9 $\frac{1}{2}$ gelbe Brodenk. M. 3,95, 9 $\frac{1}{2}$ dän. Ed. Fethk. M. 7,90, 9 $\frac{1}{2}$ dän. Tafel-Fethkase M. 7,90, 9 dän. Schw. Fethk. M. 9,90 frei. bleib. ab hier Nachn.

Emil Hohlheidl,
Bresden, Ritterstr. 2.

Gute starke Reste

Manchester, Loden, Reikord, Anzugstoffe, Kleider - Samate v. 2 1/2 bis 10 m lang. Must. 8 Tage z. Wahl. Samhaus Schmidt, Hannover 65 R.

Kollegen, bestellt alle den Bundeskalender 1926!

Verandhaus Erik Ulrich

Mechanische Berufs- u. Sportkleidung, Fabrik Altona b. Hamburg, Gutfahrtstraße 68/60.

Berufskleidung, Werkzeug, Fecht- u. Wasserwagen, Fecht-, Fäbänder, Güte. — Preisliste gratis und franko. —